

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionschluss Sonnabend.  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Santez, Berlin NW 40,  
Reichstagsufer 8. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 und 4934.

Verlag: A. Santez, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.  
Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. In beziehen durch die Post.  
Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt.  
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Der Faschismus in Italien

Nach einem Vortrag in der Gau- und Bezirksleiterkonferenz am 7. Februar in Berlin

Von Prof. Dr. Hermann Heller

Der italienische Faschismus interessiert uns politisch vor allem deshalb, weil es seit den Septemberwahlen vorigen Jahres eine große nationalsozialistische Partei gibt, die sich erklärtermaßen ihn zum Vorbild genommen hat. Im Juli vorigen Jahres sagte Hitler zu Otto Straßer: „Wir haben jetzt ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können — den Faschismus!“, und der thüringische Minister Fried erklärte in einer Versammlung am 18. Oktober 1929: „Genau so wie Mussolini in Italien die Margisten ausgerottet hat, so muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden.“

Wir haben also allen Anlaß zu fragen, wie das faschistische Original in Italien ausieht. Daß wir tatsächlich darüber so wenig wissen, kommt daher, weil es Mussolini mit großer Geschicklichkeit gelungen ist, die ausländischen Berichterstattungen über die faschistischen Einrichtungen entweder zu beeinflussen oder zu unterdrücken.

Mussolini, der bis zum Weltkrieg bekanntlich ein höchst radikal tuender Sozialist war, der die Führer der sozialistischen Partei ausschließen wollte, weil sie sich für eine friedliche Entwicklung einsetzten und seinen Bürgerkriegsforderungen entgegentraten, ist nach dem Kriege mit dem Geld der oberitalienischen Industriellen zur Macht gelangt und herrscht heute unbegrenzt mittels dreier Organisationen.

Seine militärische Organisation ist vor allem die faschistische Miliz mit 300 000 Mann, die Gendarmerie mit 65 000 Mann, das stehende Heer mit 175 000 Mann, wozu noch mindestens 15 000 Polizisten kommen. Bedenken wir, daß das nichts weniger als politisch ruhige Deutsche Reich mit 20 Millionen Einwohnern mehr nur über 100 000 Mann Reichswehr und 100 000 Mann Polizei verfügt, dann kann leicht errechnet werden, daß die diktatorische Regierung mehr als viermal so viel bewaffneten Schutz braucht als die demokratische Regierung Deutschlands.

Die politische Organisation der faschistischen Diktatur ist die faschistische Partei, die etwas über eine Million Mitglieder zählt. Auch sie ist wie alle anderen Einrichtungen durchaus von oben diktiert, darf keinen selbständigen politischen Willen äußern, und alle ihre Funktionäre werden von oben ernannt. Das Parteiabzeichen gibt allerdings gewaltige Möglichkeiten der ökonomischen Lebensverbesserung. Selbst die Kinder von Parteiangehörigen werden schon gefählich vor allen anderen Kindern, zum Beispiel bei Vergabung von Stipendien und Freiplätzen, bevorzugt. Selbstverständlich sind alle anderen politischen Parteien verboten.

Die dritte und interessanteste Organisation zur diktatorischen Beherrschung des italienischen Volkes sind die faschistischen Gewerkschaften, in Italien Syndikate genannt. Sie sind dadurch zustande gekommen, daß sowohl die freien Gewerkschaften wie die katholischen Ge-

werkschaften von den bewaffneten Banden Mussolinis zerstört, ihre Häuser angezündet, ihre Führer entweder ermordet, verbannt oder zur Flucht ins Ausland gezwungen wurden. Es bedarf besonderer Betonung, daß sich dieser Terror genau so gegen die katholischen, wie gegen die freien Gewerkschaften gerichtet hat und der Papst damals für die durch den Terror Geschädigten eine größere Spende machte. Selbstverständlich besteht auch ein faschistisches Gewerkschaftsmonopol. Die Arbeiter werden zum Eintritt in diese Gewerkschaften vor allem dadurch gezwungen, daß nach dem Gesetz die Arbeitgeber verpflichtet sind, sich die Arbeitnehmer durch Vermittlung der staatlichen Arbeitsnachweise zu beschaffen, wobei diese die Pflicht haben, die Mitglieder der faschistischen Partei und der faschistischen Gewerkschaften zu bevorzugen, was bei einem Volk mit großer Arbeitslosigkeit immer einen genügend starken Druck auf den Magen bedeutet.

Bei diesen Syndikaten müssen wir etwas verweilen, denn an sie knüpft das im Auslande verbreitete Märchen an, der Faschismus sei so etwas wie eine Vereinigung von Nationalismus plus Sozialismus. In Italien selbst glaubt dieses Märchen schon deshalb niemand, weil Mussolini immer wieder das Gegenteil erklärt hat. So zum Beispiel sagte er in der Senats-sitzung vom 11. März 1926: „Der Kapitalismus sei geradezu ein Programmpunkt des Faschismus“, und gelegentlich des fünften Jahrestages des Marsches auf Rom dekretierte er: „Nichts von Staatssozialismus oder irgendeinem anderen Sozialismus“. Es ist nichts als Sempelpfang, wenn unsere Nationalsozialisten die Behauptung aufstellen, in Italien gäbe es irgend etwas wie Sozialismus. Mussolini kann auch, selbst wenn er es wollte, nicht Sozialist sein, da ihn die gesellschaftlichen Mächte, die hinter ihm stehen, daran hindern würden. Aber er will es auch gar nicht sein.

Die faschistische Bewegung ist ebenso wie die nationalsozialistische in Deutschland eine vom Kleinbürgertum getragene und von dem Unternehmertum finanzierte Bewegung. Um die Massen diesem Kapitalistendiktat unterwerfen zu können, sind die Syndikate eingerichtet worden, die von jedem Einfluß auf die Produktion ferngehalten und durchaus von oben diktiert sind. Es gibt keinerlei Selbstverwaltung, keinerlei freie Wahl der Gewerkschaftsführer, wohl aber in dem kleinen, wenig industriellen Lande über 20 000 Gewerkschafts„bonzen“, die zum weitaus größten Teil aus der bürgerlichen Klasse stammen und auf diese Weise von Mussolini ökonomisch versorgt werden.

Wenn nun behauptet wird, die Arbeiterschaft sei mit diesem faschistischen Regime zufrieden und zum Beweise dessen auf das sogenannte Heißjüt vom

24. März 1929 verwiesen wird, in dem 90 Proz. für die faschistischen Listen gestimmt haben, so beweist das gar nichts, beziehungsweise viel zuviel, denn man muß nur wissen, daß selbst in dem deutschen Südtirol, wo die Bevölkerung, von allen anderen Diktaturerscheinungen abgesehen, den Faschismus schon aus nationalen Gründen auf das grimmigste haßt, angeblich 90 Proz. Stimmen für die Faschisten abgegeben wurden. Die Führer dieser deutschen Südtiroler haben dazu das folgende gesagt: „Wenn eine mit allen Machtmitteln ausgestattete Regierung durch ihre Behörden auf die Bevölkerung unter Bedrohung der persönlichen Freiheit eine in Europa ganz unbekannte Nötigung ausübt, wird jedes Wahlverfahren zu einem wirkungslosen Täuschungsversuch, besonders wenn außer den Werkzeugen der Diktatur niemand eine Prüfung des Abstimmungsergebnisses vornehmen kann.“

Die letzten geheimen Wahlen waren die Wahlen zu den Betriebsräten im Jahre 1925. Diese Wahlen ergaben eine gewaltige Mehrheit für die Sozialisten, zum Teil sogar für die Kommunisten. Bei Baughiero in Condove wählten von 900 Arbeitern 786, davon 745 sozialistisch, 41 faschistisch. Bei den Officine di Savigliano gab es bei 637 Wahlberechtigten und 571 Wählern 526 sozialistische, 8 ungültige, 27 weiße und 1 faschistische Zettel. In der Autofabrik Spa wurden gezählt 347 Sozialisten und 137 Stimmen für die (nicht faschistischen) Kriegsteilnehmer. In den Fiat-Werken gab es 3740 kommunistische, 4463 sozialistische, 760 faschistische und 390 katholische Stimmen; im Stahlwerk der Fiat hatten die Sozialisten die Mehrheit. Heute dürfte die Stimmung der Arbeiterschaft womöglich noch faschistenfeindlicher sein.

Man darf sich allerdings nicht als Tourist in Italien durch Arbeiterumzüge mit Faschistenfahnen beirren lassen, sondern man muß wissen, daß diese sogenannten Arbeiterbildungseinrichtungen für ihre Mitglieder bis zu 75 Proz. Ermäßigungen auf den Verkehrsmitteln, in den Theatern, Kinos usw. gewähren.

Welchen Anlaß sollten auch die Arbeitnehmer haben, mit diesem Regime zufrieden zu sein. Ihre soziale Stellung hat sich dank diesem Regime zweifellos verschlechtert. Das ausgebreitete Konsumgenossenschaftswesen der Arbeiterschaft, das nicht nur wie in Deutschland auf den Betrieb von Lebensmitteln beschränkt, sondern auch auf Speisewirtschaften, Apotheken, Friseurläden usw. ausgedehnt war, ist bezeichnenderweise zuerst von der Kleinbürgerlichen Bewegung als Konkurrenz des Kleingewerbetreibenden mit Stumpf und Stiel verrichtet worden. Die dauernde Herabsetzung der Löhne durch den Faschismus, der die Herabsetzung der „manövierten“ Kleinhandelspreise bei weitem nicht gefolgt ist, macht die italienischen Arbeiter nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes zu den schlechtest bezahlten Europas; ihr durchschnittlicher Stundenlohn beträgt gegenwärtig

44 bis 45 Pfennig, also ungefähr die Hälfte dessen, was der im Verhältnis zu anderen Nationen schon schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient.

Die Arbeitslosigkeit ist durch Lohnherabsetzung nicht verhindert worden. Ende 1930 gab es nach den keineswegs vollständigen Angaben der Regierung in Italien eine halbe Million Arbeitslose. Da der größte Teil der landwirtschaftlichen und alle saisonmäßig Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, ist auch diese Zahl für das wenig industrielle Volk von 40 Millionen sehr hoch zu nennen.

Den im Jahre 1919 in Italien eingeführten Achtstundentag hat der Faschismus zunächst durch das Dekret vom 5. März 1923 bestätigt, am 30. Juni 1926 aber wieder zugunsten des Neunstundentages beseitigt. Andererseits haben die Arbeitnehmer durch den Faschismus ein gesetzliches Recht auf bezahlte Ferien erhalten.

Die Arbeitslosen-, Unfall- und Altersversicherung ist aus der vorfaschistischen Zeit erhalten geblieben und am 1. Juli 1928 durch eine Versicherung gegen die Tuberkulose ergänzt worden. Die letztere bedeutet nur ein bescheidenes Pfälzchen für das frühere umfassende Krankenkassenwesen, das der Faschismus ebenso vollständig vernichtet hat wie die sehr ausgebauten Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer. Die obligatorische Krankenversicherung hat die Diktatur bisher gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchzusetzen vermocht, und die heutigen Betriebs- und die Syndikatskassen bilden einen nur höchst unzulänglichen Ersatz.

Aber selbst wenn es so wäre, daß der Faschismus — was er nicht tut — eine gute soziale Politik triebe, so muß doch die Arbeiterklasse ihn mit allem Nachdruck ablehnen, denn in Wahrheit kann die Befreiung der Arbeiterklasse immer nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Sowie im 18. Jahrhundert die Feudalaristokratie übernehmen konnte, so wenig kann die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert die Lebensformen der Bourgeoisie übernehmen, sondern muß ihre eigenen Formen zu gestalten suchen. Weil aber die Diktatur das ganze Volk politisch entmündigt und insbesondere jede eigenständige Arbeiterbewegung unterdrücken muß, konnte ihr auch eine diktatorisch sozialistische Politik nichts helfen, denn die Arbeiterklasse braucht die Demokratie als den politischen Boden, auf dem allein sie — im Parlament, in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Städtevertretungen und anderen Selbstverwaltungseinrichtungen — die Gelegenheit hat, in die Leitung von Staat und Wirtschaft hineinzuwachsen. Schon aus diesem Grunde muß sie die faschistische ebenso wie die bolschewistische Diktatur ablehnen.

Zum Schluß müssen wir uns aber die Frage vorlegen, mit welchen Mitteln es den Faschisten gelungen ist, in Italien zur Herrschaft zu gelangen, und welche Mittel es waren, die den Nationalsozialisten die Erlaubnis des letzten Jahres gebracht haben. Und da müssen wir eingestehen, daß ihre propagandistische Agitation der sozialistischen deshalb überlegen war, weil sie sich viel härter an das Gefühl und viel weniger an den Verstand gewandt hat. Die Faschisten wollen bewußt keine Theoretiker erziehen, sondern sie wollen praktische Kämpfer haben. Vor allem auf die Jugend wirken sie dadurch, daß sie ihr statt schwerverständlicher Programme Uniformen, Abzeichen, Fahnen und Marschmusik bieten. Man mag über diese Dinge lächeln, man muß sich ihrer aber, wenn man den politischen Erfolg haben will, bedienen — und wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Arbeiten wir daran, daß die Jugend und die Zukunft uns gehören!

### Schokoladenpreise

Auf die Mitteilungen in der Tagespresse über den bedeutenden Preisrückgang der für die Schokoladenindustrie hauptsächlich in Frage kommenden Rohstoffe versucht nunmehr das Unternehmertum die Sache so hinarbeiten, daß dieser Rückgang für die überseeischen Produkte (Kakao) schon deshalb nicht zur Geltung kommt, weil der gegenwärtig darauf lastende Zollsatz bedeutend höher ist als in der Vorkriegszeit. Nebenbei wird auch mit unwichtigen Zahlen operiert, um der Öffentlichkeit begründen zu können, warum ein Preisrückgang bei

Schokolade nicht eingetreten ist. Es stimmt nicht, daß ultimo Dezember 50 Kilogramm Accra good fermented 29,00 Mk. kosteten, sondern der tatsächliche Preis war 27,60 Mk. gegenüber 43,60 Mk. im Januar 1930. Wenn aber nach diesen Unternehmerrangaben das gleiche Quantum 1914 29,— Mk. kostete und darauf ein Zollsatz von 10,— Mk. lag gegen 17,50 Mk. jetzt, so ist demnach eine bedeutende Preisentwertung von Beginn bis Ende des Jahres 1930 eingetreten. Auch damit werden die Tatsachen nicht verwischt, daß der Abgang durch Entfernung der Schalen und Samenteile vor der Fabrikation mit verzollt werden muß, denn dieser Vorgang war schon immer zu verzeichnen und hat absolut keinen Einfluß auf den tatsächlichen Preisrückgang der Rohstoffe.

Ebenso ist es unrichtig, daß der zweite Hauptrohstoff (Zucker) nicht im mindesten der rückgängigen Preisconjunktur gefolgt ist. Magdeburger Wehlis kostete im Januar ohne Steuer und ohne Sack 22,56 Mk. und Ende Dezember 1930 19,75 Mk. Die Unternehmer wollen von diesen Tatsachen nichts wissen, sondern sie streben darauf hin, andere Ermäßigungen ihrer Unkosten und darunter ganz besonders einen Abbau der Löhne durchzuführen. Wir staunen über diese Einstellung, denn es ist allbekannt, daß die Tariflöhne für die Beschäftigten in der Schokoladenindustrie weit unter dem Durchschnitt des allgemeinen Tariflohnniveaus liegen. Außerdem kommt hinzu, daß

### Nur Einigkeit bringt uns vorwärts!

Am 14. März

ist der 12. Wochenbeitrag fällig

von einer Vollbezahlung in den allermeisten Betrieben keine Rede ist. Kurzarbeit und zeitweise Betriebsstilllegungen sind in allen Landesteilen und Betrieben zu verzeichnen. Das tatsächliche Jahreslohnvermögen der Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie hat sich gegenüber der Vorkriegszeit keineswegs in dem Ausmaße gesteigert, wie die Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel eingetreten ist. Diese Tatsachen können vom Unternehmertum nicht aus der Welt geschafft werden. Die kommenden Lohnverhandlungen werden uns recht bald zeigen, wozu die Wege führen sollen, die vom Dabu durch die Kündigung des Lohnabkommens beabsichtigt wurden.

Wir haben kürzlich unsere Kollegenschaft dringend er sucht, keine Minute nutzlos verstreichen zu lassen, sondern mit größter Energie auf die Machterweiterung unserer Organisation hinzuwirken. Ist das seitdem in allen Betrieben geschehen? Haben unsere Verbandsmitglieder den uns Fernstehenden die Notwendigkeit des Anschlusses an ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung vor Augen geführt? Wo das bisher ver säumt wurde, muß unbedingt jetzt planvoll die Verarbeitung zur Gewinnung der uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen eingeleitet werden.

### Wieder zollfreies Gefrierfleisch

Der Reichstag stimmte einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach für 50 000 Tonnen Gefrierfleisch die zollfreie Einfuhr beschlossen wurde. Unser Kollege Bergmann begründete in einer mit vielen Beweisen durchsetzten Rede die Notwendigkeit, den großen Kreisen der verarmten Bevölkerung billiges Fleisch zukommen zu lassen. Natürlich wurde vom Reichsernährungsminister ein Loblied gesungen auf die große Preisentwertung bei Fleisch und Fleischwaren. Es war aber nicht überzeugend, denn jedermann weiß, daß der Preisrückgang keineswegs bei diesen hochwertigen Nahrungsmitteln in der Weise eingetreten ist wie die Kürzung der Löhne. Der Fleischer obermeister Schneidewind in Mülheim bei Köln von der Wirtschaftspartei verwechselte dabei das Parlament mit einer karnevalistischen Sitzung und trat als Bühnenredner auf und erzählte den Witz, daß in Köln vorzügliches Rinderfett pro Pfund um 30 Pf. und die beste Wurst das Pfund zu 20 Pf. verkauft wird. Auch in Kaiserslautern soll nach diesen Erzählungen ebenfalls prima Wurst das Pfund zu 20 Pf. in Verkauf kommen. (Siehe auch Artikel.)

### Aenderung des Brotgesetzes

Der Reichstag stimmte den Anträgen der Sozialdemokratischen Partei zu, wonach bedeutende Aenderungen im Brotgesetz beschlossen wurden. Der Ausnahmszwang für Roggen wird zukünftig auf 70 Proz. erhöht. Gefallen ist der Beimischungszwang von Roggen zu Weizenmehl, sowie die Bestimmung, daß in den Gaststätten keine Kleinware aus Weizen verkauft werden darf. Sobald der neue Wortlaut des Gesetzes vorliegt, werden wir darauf zurückkommen.

### Schneidewindsche Leberwurst

„Wir wollen einmal ehrlich sein“, so leitete der Kölner Fleischerobermeister Schneidewind von der Wirtschaftspartei seine Gefrierfleisch-Sundaterrade im Reichstag ein. Zu diesem Zweck pökte er sich besonders fein heraus. Geschniegelt und gebügelt stand er auf der Rednertribüne. Die Kölner Bevölkerung geriet außer Rand und Band, als sie erfuhr, daß bei Schneidewinds die beste Wurst für 20 Pfennig zu kaufen ist. Wie es dabei zugeht, darüber entnehmen wir der „Rheinischen Zeitung“ folgenden Bericht:

Herr Schneidewind heißt Karl mit Vornamen und er ist bekanntlich ein Mülheimer Metzgermeister, dessen Würste die Herzen der Menschen erfreuen. So gut, so würzig, so speckwürfelduftig sind sie.

Schneidewinds der Karl hat aber auch noch einen Nebenberuf, an den er, wie das nun schon einmal in der Republik so geht, gekommen ist. Karl ist nämlich Reichstagsabgeordneter und Sendbote des souveränen Volkes. Ein so hohes Amt verpflichtet. Was tut nun Karl?

Seitdem er Reichstagsabgeordneter ist, verschleudert er diese seine gute, würzige, duftige Wurst für — man glaubt es nicht — für 20 Pfennig das Pfund...

Als wir die frohe Botschaft von Karls praktischer Wohlthätigkeit heute früh durch Draht und Radio erfuhren, wollten wir unseren Ohren und Augen nicht trauen. Und doch, es war so! Karl Schneidewind hatte es gestern abend, hingerissen vom Wohlklang seiner eigenen Beredsamkeit, dem erkaunt aufgehenden Reichstag verkündet. Da blieb dem Brüning wahrhaft die Schmalzstulle im Halse stecken, und selbst Söllmann lenkte für einen Augenblick den schäumenden Münchner Hentelkrug. Kurz: Alles war balf! General Gröner notierte sofort den Fall, eine riesige Heereslieferung telegraphisch nach Köln zu vergeben. Auch der Außenminister fand sofort seine Geistesgegenwart wieder und telegraphierte noch in selbiger Stunde an Briand:

Liefere von jetzt ab Schneidewindsche Leberwurst. Stop. Jeder Franzose bekommt a conto Reparationen sonntäglich seinen Schwarzmagen. Stop. Wendert dafür sofort polnische Grenze und Korridor. Stop. Young-Plan löst sich in Naturalien auf. Stop. Verständigt Henderson und Row. Stop. Adolf Hitler ist bereits informiert. Stop.

Curtius.

Der Reichstag beschloß dann auf Vorschlag Böbes die Sitzung abzubrechen. Jedem war die Feierlichkeit der Stunde klar: Das zweite Paradies war angebrochen...

Später ist dann zwar Herr Schneidewind um 10 Pfennig aufgeschlagen; das Nähere erlese man wieder aus dem heutigen Reichstagsbericht. Aber das konnte der überall bereits eingetretenen Feststimmung keinen Abbruch mehr tun.

In der Ackerstraße zeigten sich noch am Abend die ersten Fahnen.

Im Hamburger Hafen heulten die Sirenen.

Pflichtgemäß hat bei dieser Sachlage die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ durch einen ihrer repräsentabelsten Vertreter dem Baden des Herrn Karl Schneidewind in Mülheim, Berliner Straße 39, einen Besuch abgestattet. Zwei Gründe waren für diesen unseren Entschluß maßgebend:

Erstens wollten wir Herrn Schneidewind zu seiner guten und großen Tat gratulieren. Wir haben lange in Deutschland keinen Retter mehr gehabt. Suchheirassa, jetzt haben wir wieder einen. Karl soll er heißen!

Zweitens behauptete unser Redakteur für den volkswirtschaftlichen Teil, gestützt auf die bedeutendsten nationalökonomischen Kapazitäten der Gegenwart, daß Preis und Nachfrage in der kapitalistischen Wirtschaftsepöche in einem bestimmten Verhältnis zueinander stünden. Weniger platonisch ausgedrückt: wir befürchteten, keine Schneidewindsche Wurst für 20 Pf. mehr zu bekommen, wenn wir nicht mit unserm Besuch schnell machten. Um durch eventuelle Volksaufläufe und Massenmeetings vor Herrn Schneidewinds Baden durchzukommen, empfahlen wir unserm Vertreter, eine Autohupe und ein bißchen Tränengas mitzunehmen.

Soeben ist nun der Vertreter der Redaktion wieder in unserer Behausung eingetroffen. Wortlos hat er aus seinem Mantel:

- 1. ein Pfund bester Schneidewindscher Leberwurst.
2. ein Pfund vorzüglichsten Schneidewindschen Rinderfettes

herausgemickelt und uns auf den Tisch gelegt:

- ad 1) Für die Wurst (Leberwurst) hat er 1 Mark und achtzig Pfennig bezahlt.
ad 2) Für das Rinderfett (schlechteste Qualität, andre war nicht da) 40 Pfennig ausgelegt.

Daraufhin haben wir den Reichstagspräsidenten und die Reichskanzlei über unsern wahren Sachbefund in Mülheim pflichtgemäß unterrichtet.

Die Fahnen in der Ackerstraße wurden schon heute vormittag wieder eingezogen.

Unserm Redaktionsvertreter haben wir einen Vor- schuß auszahlen lassen.

Das Stück Leberwurst und das schöne Rindereschmalz aber - wir wollten in der Redaktion wirklich um diese herrlichen Sachen nicht so würfeln, wie man feinerzeit um Christi Rod gespielt hat. Also haben wir's einem kleinen Jungen auf der Straße geschenkt mit der Bitte, wenn er einmal groß ist, die Wirt- schaftspartei und vor allem Herrn Schneidewind zu wählen. Dann brauchte er nicht Schlosser zu werden und auch nicht Straßenbahn-schaffner. Dann nämlich hingen die Würste nur so an den Telegraphenstangen herum und Schmalz regnete es bei jeder halbwegs trocknen Witterung...

Man glaubt es kaum...

Im „Kölnner Totalanzeiger“ von gestern Abend heißt die in Frage kommende Stelle in Schneidewinds Rede wörtlich:

„In einer späteren Bemerkung erklärte Abgeord- neter Schneidewind (W.P.) dazu, bei den Kölner Fleischermeistern sei tatsächlich frisch ausgelassenes Fett das Pfund für dreißig Pfennig zu haben. Ein Fleischermeister in Kaiserslautern liefere jede Woche 200 Zentner Blutwurst für zwanzig Pfennig das Pfund.“

Dorthin, dorthin, Möcht ich mit dir, o mein Gefiebter zieh'n.

Umsätze in den badischen Bäckereien und Metzgereien

In der amtlichen Erhebung über die Umsätze in wichtigen Gewerbebezügen im Jahre 1927 werden auch die Ergebnisse nach Landesteilen veröffentlicht. Wir greifen heute Baden heraus mit insgesamt 4 552 Bäckereien und 2 690 Metzgereien, die als veranlagte Betriebe in Frage kommen. In diesem Lande kommen auf je 10 000 Einwohner 20 Bäckereien und 12 Metzgereien. Das Bäcker-gewerbe ist somit bedeutend stärker vertreten und daher ist auch der Pro- zentsatz der Zwergbetriebe im größeren Ausmaße vor- handen als im Metzger-gewerbe. Baden steht sogar weit über dem Durchschnitt im Reiche, wonach auf je 10 000 Einwohner nur 16 Bäckereien in Frage kommen; es ist aber auch günstiger bei den Metzgereien, wo im Reichsdurchschnitt 13 Betriebe entfallen.

Der Gesamtumsatz in den Bäckereien be- trug 102,4 Millionen Mark oder durchschnittlich je Betrieb 22 496 Mk. Hier liegen wiederum die Bäckerei- umsätze weit unter dem Reichsdurchschnitt mit 26 157 Mark. Ueber dem Durchschnitt ragt wesentlich Karlsruhe mit 35 218 Mk. hinaus. Von den Bäckereibetrieben hatten weit mehr als die Hälfte, nämlich 2 707, einen Durchschnittsumsatz unter 20 000 Mk. Diese Betriebsklasse partizipiert an dem Gesamtumsatz mit 29,7 Millionen Mark.

Diese Feststellung beweist, wie ungemein stark in Baden der unwirtschaftliche Zwergbetrieb vertreten ist. Dieser Betriebsklasse stehen 1 845 Bäckereien gegen- über mit einem durchschnittlichen Umsatz von je über 20 000 Mk. und beherrschen von dem Gesamtumsatz 72,7 Millionen Mark. Im badischen Bäckereigewerbe konzentrieren sich über 2/3 des Gesamtumsatzes auf etwa 40 Proz. aller Betriebe. An der Umsatzsteuer ist das Bäckereigewerbe mit 0,76 Millionen Mark be- teiligt. Auf den Gesamtumsatz von Brot- und Back- waren entfällt pro Kopf 44 Mk. jährlich, er ist höher als der durchschnittliche Reichsumsatz pro Kopf mit 42 Mk.

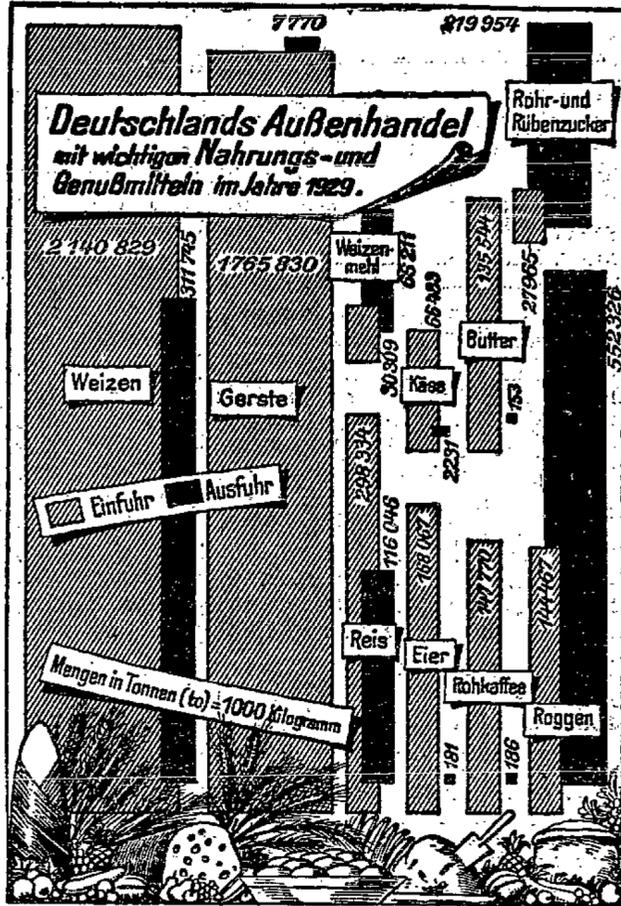
Im Metzger-gewerbe ist ein Gesamt- umsatz von 140,7 Millionen Mark festgestellt. Die wirtschaftliche Kapazität der Metzgereien ist bedeutend höher als die in den Bäckereien. Im Durchschnit- t ergibt sich pro Betrieb ein jährlicher Umsatz von 52 323 Mk. gegenüber 54 527 Mk. im Reichsdurch- schnitt. Der Fleisch- und Wurstwarenverbrauch ist so- mit hinter dem durchschnittlichen Verbrauch im Reiche. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß in erster Linie die stark vertretene ländliche Bevölkerung er- fahrungsgemäß ihren Bedarf an Lebensmitteln vor- wiegend auf dem Wege der Selbstversorgung deckt. Sie kommt somit als Abnehmer für die Erzeugnisse des Bäcker- und Metzger-gewerbes in geringerem Maße in Betracht.

Ueber dem Landesdurchschnittsumsatz steht beispie- lweise Karlsruhe mit 99 435 Mk. weit hinaus. Nach Größengliederung kommt in den Metzgereien das un- gefehrte Verhältnis gegenüber den Bäckereien in Er- scheinung. Im Metzger-gewerbe hatte der über- wiegende Teil der Betriebe, nämlich 1 850, je einen Umsatz von über 20 000 Mk. und nimmt an dem Gesamtumsatz mit 132,6 Millionen Mark Anteil. Nur 840 Metzgereien weisen einen Umsatz von je unter

20 000 Mk. auf und sind an dem Gesamtumsatz mit nur 8,1 Millionen Mark beteiligt. Im badischen Metzger-gewerbe werden 94,2 Proz. des Gesamtumsatzes von 70 Proz. aller Betriebe getätigt. An dem Auf- kommen der Umsatzsteuer ist das Metzger-gewerbe mit 1,04 Millionen Mark beteiligt.

Der Verbrauch von Fleischwaren pro Kopf der Be- völkerung beträgt 61,- Mk. Aber auch hier ist die badische Bevölkerung gegenüber dem Reichsverbrauch mit 72,- Mk. für Fleischwaren zurückgeblieben, wofür ebenfalls die bereits oben erwähnten Gründe der Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung in Be- tracht zu ziehen sind.

Dieser interessante Einblick in die Betriebsgrößen- verhältnisse zweier wichtiger Nahrungsmittelberufe zeigt erneut die Tatsache, daß hier der familienwirt- schaftliche Zwergbetrieb den Warenmarkt beherrscht. Diejenigen Betriebe, die mit Millionenumsätzen in Frage kommen, sind nur in den Genossenschaften zu



Ein Blick auf die Handelsstatistik, soweit sie für das Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe von übertra- gender Bedeutung ist, zeigt, daß die Einfuhr von Weizen und Gerste noch immer außerordentlich hoch ist und daß auch die anderen wichtigen Nahrungs- und Ge- nußmittel in der Liste der Einfuhrverbote einen be- vorzugten Platz einnehmen. Trotzdem zeigt die Ein- fuhr von Lebensmitteln und Getränken seit dem Jahre 1927 eine stetig anhaltende Verringerung, die be- sonders auch im ersten Halbjahr 1930 anhielt. Zu der Verringerung der Einfuhrwerte von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln trug die allgemein rückläufige Preisbewegung auf den Getreide- und Futtermittel- märkten bei. Leider hat die allgemein geringere Kauf- kraft der Bevölkerung nicht zur Belebung des Marktes beitragen können, trotzdem der Verbrauch dieser Waren weniger von der allgemeinen Konjunktur- bewegung abhängig ist.

finden. Privatkapitalistische Großbetriebe bestehen im Bäckereigewerbe überhaupt nicht. Warum sich das Privatkapital nicht auf die fabrikmäßige Erzeugung von Brot und Backwaren geworfen hat, liegt wohl in erster Linie daran, daß das Bäckereigewerbe viele günstige Chancen aufweist, indem es Produktions- und Verkaufsgewerbe ist und für den Einkauf der Roh- produkte nur geringe Kapazitäten in Frage kommen, die durch den täglichen Warenverkauf selbst und ohne Zuhilfenahme fremder teurer Gelder geschafft werden können.

Das Metzger-gewerbe hingegen zeigt davon eine star- k abweichende wirtschaftliche Struktur, die daher bedingt ist, daß hier der Zwergbetrieb die Existenzmöglichkeit stark verloren hat, aber der Mittel- und Großbetrieb durch größeren Kapitalbesitz stärkeren Eingang finden konnte.

Getränkesteueraufkommen im Januar

Aus der Veröffentlichung des Reichsfinanzministe- riums über die Reichseinnahmen im Januar entneh- men wir, daß die Einnahmen an Biersteuer im Be- richtsmonat gegenüber dem Vormonat um 4,39 auf 34,42 Millionen Mark zurückgegangen sind. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres steigerten sich die Einnahmen lediglich um 3,94 Millionen Mark oder 13 Proz. Insgesamt wurden in den ersten zehn Monaten des Rechnungsjahres 1930/31 rund 402 Millionen Mark Biersteuer vereinnahmt, das sind lediglich rund 53,99 Millionen Mark oder 13,4 Proz. mehr als in der gleichen Zeit des Vor- jahres. Von der im Haushaltsvoranschlag eingelegten Summe in Höhe von 550 Millionen Mark dürften nach Ablauf des Jahres auf Grund des bisherigen Ergeb- nisses annähernd 70 bis 80 Millionen Mark fehlen. In diesem Fehlbetrag spiegelt sich nicht nur die unge- mein schwierige Wirtschaftslage wider, sondern auch der Rückgang des Bierverbrauchs infolge der großen Arbeitslosigkeit und der durch die stark erhöhten Steuern erfolgten Bierpreiserhöhung.

Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol beliefen sich im Berichtsmonat auf 20,52 Millionen Mark. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist eine nur geringe Steigerung von rund 300 000 Mk. eingetreten. Im Vergleich zu dem vorausgegangenen Dezember ist ein Rückgang von mehr als 800 000 Mk. zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen aus dem Spiritusmonopol in den ersten zehn Monaten beliefen sich auf rund 173,49 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus der Mineralwasser- steuer haben sich im Januar wider Erwarten um ein geringes gesteigert. Die Steigerung beträgt nur 32 000 Mk. und die gesamte Einnahme des Monats beträgt auch nur 818 729 Mk. Die Steigerung mag auf verschiedene Umstände zurückzuführen sein, eine Besserung des Absatzes dürfte dabei wohl kaum eine Rolle gespielt haben. Die Gesamteinnahmen im laufenden Steuerjahr belaufen sich auf 13,62 Millionen Mark.

Die Schaumweinsteuer ist von rund 1,22 Millionen Mark im Januar des Vorjahres auf 775 000 Mark im Januar 1931 zurückgegangen.

Sinken die Schweinepreise?

Für die deutsche Ernährungswirtschaft und für das Fleischergewerbe im besonderen spielen die Preise für Lebendschweine eine große Rolle. Wird doch der Ab- satz von Fleischwaren und die Aufnahmefähigkeit beim Käufer nicht unwesentlich beeinflusst. In der heutigen Krisenwirtschaft, wo der Käufer sowieso schon seinen Fleisch- und Wurstbedarf auf das größtmögliche ein- schränkt, ist eine Senkung der Schweinepreise nur zu begrüßen.

Das Preußische Institut für Marktforschung beschäf- tigt sich jetzt in seinen „Blättern für landwirtschaftliche Marktforschung“ mit den Fragen der Schweinehaltung und kommt dabei zu dem Resultat, daß im Jahre 1931 mit einer wesentlichen Senkung der Schweinepreise gerechnet werden müßte. Für die kommenden fünf Jahre würde sich ein Durchschnittspreis auf den euro- päischen Märkten von etwa 100 Mk. für 100 Kilo- gramm Lebendgewicht ergeben gegenüber 134 Mk. für 100 Kilogramm in den Jahren 1924 bis 1929. Es handelt sich hierbei um Durchschnittspreise. So soll beispielsweise für die Handelsklasse D (Berlin) der Preis zwischen 55 und 47,5 Pf. pro Pfund liegen. Zusammenfassend sagt das Preußische Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, daß die Preise sogar niedriger werden könnten als in den Jahren der Währungsstabilisierung. Teilweise würden sogar die Schweinepreise noch wesentlich unterboten. Den genauen Zeitpunkt, wann diese „Schweinepreis- prognose“ eintritt, kann natürlich noch niemand an- geben; schließlich ist der Preis ja auch von der Ernte 1931/32 abhängig.

In diesem Zusammenhang soll betont werden, daß sich augenblicklich eine Verschiebung in der deutschen Schweinehaltung bemerkbar macht. Es fehlt eine immerhin starke Schweineabwanderung nach dem Osten Deutschlands ein. Der Osten Deutschlands mit seinen verhältnismäßig günstigen und billigen Futter- plätzen erhält gegenüber anderen deutschen Provinzen starken Zuzug. So ist vor allem die Schweineabnahme in Schleswig-Holstein bedeutend. Geht die Entwick- lung so weiter, wird der Osten die größte Dichtigkeit in der Schweinehaltung aufweisen.

Daß du nichts kannst, wird dir vergeben, Doch nimmermehr, daß du nicht willst.

Erobert in allen Betrieben die gesetzliche Betriebsvertretung

### Regreßpflicht der Unternehmer aus Unfällen

Die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft tritt seit Jahren für allerschärfsten Unfallschutz ein und bemühte sich, durch scharfe Bestimmungen in ihren Unfallverhütungsvorschriften die Unfallzahlen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Sie fordert von den Maschinenbauern, daß sie die Maschinen mit dem notwendigen Schutz versehen in die Betriebe zur Ablieferung bringt. Deshalb verpflichtet sie auch ihre Mitglieder, nur solche Maschinen zu kaufen, die mit entsprechenden Schutzvorrichtungen versehen sind. Diese Maßnahmen trugen zweifellos dazu bei, daß in den Betrieben der N.I.B. die Unfälle nicht so häufig sind, wie in den Betrieben anderer Berufsgenossenschaften.

§ 122 der Unfallverhütungsvorschriften der N.I.B. erklärt z. B. die „Knet- und Mengmaschine“ als gefährliche Maschine und verlangt eine automatische Sicherung des Schutzdeckels, die vorher sehr zahlreichen und schweren Unfälle sind dadurch stark herabgedrückt worden. Seit einiger Zeit bemühen sich die Bäckermeister, daß die Knetmaschine in den Unfallverhütungsvorschriften nicht mehr als gefährliche Maschine in Erscheinung trete. Auf der letzten Generalversammlung der N.I.B. wurde der erste Ansturm unternommen. Die Versicherungsvertreter haben gegen diese Stellungnahme der Bäckermeister protestiert und sich mit einer Eingabe an das Reichsversicherungsamt gewandt, um zu erreichen, daß die Knetmaschine weiter als gefährliche Maschine im § 122 der Unfallverhütungsvorschriften der N.I.B. erscheint. Wenn diese scharfen Bestimmungen nicht vorhanden sind, wird zweifellos zu verzeichnen sein, daß die Unfälle an Knetmaschinen wieder häufiger werden.

Die N.I.B. hatte gegen eine Fabrik in Dissen am Teutburger Wald Schadenersatzansprüche aus einem Unfall geltend gemacht, der sich am 24. Oktober 1925 ereignete. Ein Arbeiter dieses Betriebes war an einer Mengmaschine, die er langsam in Gang gesetzt hatte, durch Abrutschen von dem Sperrhebel mit dem einen Arm in die mit Messern versehene horizontale Welle gekommen und wurde dabei so schwer verletzt, daß der Arm abgenommen werden mußte. Die Berufsgenossenschaft strengte gegen die Firma Regreßklage an und verlangte von der Beklagten wegen Nichteinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften alle die durch den Verletzten gemachten Aufwendungen in vollem Umfange zurück. Das Landgericht Osnabrück und das Oberlandesgericht Celle wiesen die Klage ab. In dem Revisionsverfahren vor dem Reichsgericht wurde der Klage stattgegeben und die beklagte Firma verurteilt. Es wurde ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften des § 122 festgestellt, weil der Schutzdeckel der Maschine sich nicht automatisch schloß, wenn diese Maschine in Gang gesetzt wurde. Vom Reichsgericht wurde mit Recht geltend gemacht, daß die Unfallverhütungsvorschriften ein Minimum dessen enthält, was vom Unternehmer an Schutzvorrichtungen für Maschinen gefordert werden müsse. Auch darauf, daß ein Betrieb nicht revidiert werde, könne sich der Unternehmer nicht berufen.

Wir haben schon mehrmals zum Ausdruck gebracht, daß die gewerblichen Betriebe durch die Berufsgenossenschaften zu wenig revidiert werden. Wir müssen erneut verlangen, daß mindestens jährlich einmal jeder Betrieb von der Berufsgenossenschaft revidiert wird. Das bedingt eine Mehrreinstellung von technischen Aufsichtsbeamten und hier wiederum fordern wir, daß

nun endlich auch Arbeiter als Betriebskontrolleure von der Berufsgenossenschaft eingestellt werden. Um die Unternehmer mehr zur Unfallverhütung zu erziehen, müssen auch die Berufsgenossenschaften mit Regreßklagen gegen sie scharfer vorgehen bei Nichteinhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Leider besteht die Tatsache, daß verschiedene Berufsgenossenschaften zu wenig oder fast gar nicht Regreßklagen gegen ihre Mitglieder anstrengen. Um die Unfallverhütung auf einen hohen Stand ihrer Wirksamkeit zu bringen, ist es notwendig, daß in vollem Umfange solche Unternehmer schadenersatzpflichtig gemacht werden. Auch müssen bei Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften die Strafbestimmungen scharfer gehandhabt werden. Viele Berufsgenossenschaften machen überhaupt von diesem Recht, das ihnen zusteht, sehr wenig Gebrauch. Oft ist auch zu verzeichnen, daß die Versicherungs- und Oberversicherungsämter, die von den Berufsgenossenschaften beantragte Geldstrafen in ihrer Höhe weit herabsetzen, wodurch dann die von der Berufsgenossenschaft beantragte Strafe in ihrer Wirkung beeinträchtigt wird.

### Richtigstellung

Wir berichteten in dem Artikel „Die Meistertreuen kneifen“ in Nr. 9 der „Einigkeit“ von einem Hefehändler Müller, Bremen, der dem meistertreuen gelben Zweigbund Nordwest-Deutschland als Vorsitzender vorsteht. Darauf erhalten wir von seinem Bruder, Herrn Friz Müller, Hefevertrieb in Bremen, folgende Richtigstellung:

„Ich muß Ihnen zur Aufklärung mitteilen, daß Sie sich mit dieser Bezeichnung sehr geirrt haben. Soweit aus dem betreffenden Artikel zu ersehen ist, bezieht sich derselbe auf meinen Bruder Georg Müller, Bremen (Vertreter der „Rheinische Preßhefe und Spiritwerke A.-G.“, Monheim i. Rhld.). Ich selbst stehe der von Ihnen genannten Organisation fern und habe nichts damit zu tun. Da nun in Ausübung meines freien Gewerbes mir durch genannten Artikel Schaden entstehen kann, möchte ich Sie hiermit dringend bitten, in einer Ihrer nächsten Ausgaben die Bezeichnung Hefehändler Müller, Bremen, zu widerrufen und richtigzustellen.“

Wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß der gelbe meistertreue Führer Georg Müller nicht Hefehändler, sondern als Vertreter der „Rheinische Preßhefe- und Spiritwerke A.-G.“, Monheim i. Rhld., tätig ist.

### Mehl- und Brotpreise am 1. März

Der Weltweizenmarkt zeigte im Februar durch die regere Nachfrage der europäischen Zuschauerländer eine festere Tendenz. Trotz der in den Ueberseeländern reichlich vorhandenen Ueberschüsse wurden erhebliche Preissteigerungen erzielt. Die deutschen Brotgetreidemärkte setzten ihre schon seit Monaten bestehende, vom Weltmarkt völlig unabhängige Preisentwicklung fort. So waren im letzten Monatsdrittel gegenüber Anfang Februar Preisgewinne von etwa 25 Mt. per Tonne zu verzeichnen. Insbesondere haben die neu erhobenen Agrarforderungen und die Hoffnung auf deren Durchführung durch den Reichsernährungsminister Schiele zu diesen Preissteigerungen Veranlassung gegeben. Selbst beim Inlandsroggen wurden Preisgewinne erzielt. Im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des Februar gestaltete sich die Preisentwicklung an den Börsen wie folgt:

Februar 1931	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba) p. 1 verjollt ab Hamburg Wt	Roggen (Südrußl.) p. 1 verjollt ab Hamburg Wt	Weizen ab m.ä. Stationen (Bin. Notleg. p. 1) Mt.	Roggen ab m.ä. Stationen (Bin. Notleg. p. 1) Mt.	Weizenmehl per 100 kg Mt.	Roggenmehl per 100 kg Mt.
1.-10.	370,-	222,-	266,-	156,-	37,25	26,50
11.-20.	379,-	223,-	272,-	156,-	38,25	26,50
21.-28.	380,-	224,-	289,-	164,-	40,50	27,-

Nach nach unserer monatlichen Statistik für eine Reihe von Orten hat sich der durchschnittliche Preis für einen Doppelzentner Roggenmehl von 28,63 Mt. am 1. Februar auf 29 Mt. am 1. März erhöht. Die Durchschnittspreise für ein Kilogramm Roggenbrot sind mit 38,8 Pf. gegenüber dem Vormonat gleichgeblieben. Wir verweisen auf nachstehende Tabelle:

Ort	Preis für		Preis für		Gewicht des Weizenbrotes
	1 dz Roggenmehl Mt.	1 kg Roggenbrot (Mittl. Brot) Pf.	1 dz Weizenmehl Mt.	ein Weizenbrötchen (Mittl.) Pf.	
Röntasberg i. Pr. . . . .	26,-	36	41,-	2,5	40
Dreslau . . . . .	27,-	32	40,50	5	80-90
Gietwih . . . . .	27,30	34	40,50	5	65
Ratibor . . . . .	27,-	32,6	40,50	5	55
Berlin . . . . .	29,60	36,8	39,50	3	31,5
Bremen . . . . .	30,-	44	4,-	2,5	31
Magdeburg . . . . .	27,50	34	48,-	5	55
Hannover . . . . .	26,50	33,2	47,-	2,5	28
Leipzig . . . . .	29,-	34	44,-	4	52
Halle a. d. S. . . . .	27,50	34	44,50	3	38
Chemnitz . . . . .	26,50	36	46,-	4	40
Dresden . . . . .	28,75	34	48,-	4	40
Erfurt . . . . .	28,-	32	44,-	3	40
München . . . . .	28,-	42	46,-	4	38
Mürnberg . . . . .	28,90	42	46,35	4	38
Landshut . . . . .	30,50	46	43,-	3	37
Würzburg . . . . .	29,50	40	44,-	5	60
Stuttgart . . . . .	33,25	36	45,25	4	35-40
Mannheim . . . . .	28,25	40	44,-	4	40
Freiburg i. Br. . . . .	37,25	46	46,50	4	35
Hildesdorf . . . . .	29,-	44	45,-	2,5	30-35
Köln . . . . .	30,-	46	42,-	3	35
Nachen . . . . .	28,50	45	41,-	3	32-34
Krefeld . . . . .	29,-	43	42,-	3	35
Wuppertal . . . . .	30,50	44	45,50	3	40
Essen . . . . .	30,50	42	43,-	2,5	32
Dortmund . . . . .	30,25	38	42,75	2,5	35-40
Dielefeld . . . . .	28,-	40	45,-	2,5	30
Danzig . . . . .	18,50	35	26,-	4	48

1) Durchschnittspreis, 2) Brotmehl, 3) Weizenmehl

### Technik und arbeitender Mensch

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die Technik nicht gleichmäßig gebunden ist. Es lassen sich keine Normen und Vorschriften festlegen, wann eine neue Erfindung „gemacht“ wird, und ebenso ist es unmöglich, der Technik, die sich von Tag zu Tag modernisiert, Einhalt zu gebieten. Solange der Mensch Alleinherrscher über die Produktionsmittel ist, solange wird die Technik über den Menschen triumphieren.

Die Technik von heute ist nicht mehr die den Menschen von seiner Arbeit befreiende, sondern sie ist sein stärkster Konkurrent um seine Existenz geworden. Wir befinden uns in einem Zustand, bei dem die Arbeiterschaft durch die Technik in der Kultur zurückgeworfen wird. Durch geringe Verdienstmöglichkeiten und durch die Arbeitslosigkeit muß der Arbeiter nicht nur auf lebensnotwendige Dinge verzichten, sondern auch auf viele kulturelle Güter der Menschheit. So hat die Technik Gegenstände geschaffen. Dem einen nimmt sie das tägliche Brot, dem anderen, dem Unternehmer,

### Die Leipziger Weltmesse

Die Weltwirtschaftskrise, die Millionen Arbeitslosen, das Daniederliegen zahlreicher Industrien und Gewerbe, alle diese Merkmale einer anormalen Zeit ließen von vornherein erkennen, daß von einer wesentlichen Verkaufstätigkeit auf der internationalen Mustermesse keine Rede sein konnte. Wer aber diese internationale Mustermesse durchwandert, muß immer wieder staunen über den verhältnismäßig großen Optimismus, der in der Welt vorhanden ist. Die Leipziger Messe ist und bleibt ein Anschauungsunterricht von gewaltiger Eindringlichkeit. Wer die unzähligen Maschinen, Apparate und Geräte in Tätigkeit sieht, der hat das Gefühl, den tausenden Webstuhl der Zeit beobachten zu können. Die Eindrücke, die jeder von dieser Fülle des technischen Fortschritts erhält, sind überwältigend. Gerade die Frühjahrsmesse 1931 dürfte in dieser Beziehung eine Höchstleistung vollbracht haben.

Aus dem Reichsgebiete nahmen 7853 (im Vorjahr 8333) Ausstellerfirmen an der Messe teil. Aus dem Auslande waren 1154 (1277) Ausstellerfirmen erschienen. Außer Deutschland hatten 23 Länder Muster ihrer Waren in Leipzig ausgestellt. An der Spitze stand Japan mit 287, ihm folgte Oesterreich mit 219, die Tschechoslowakei mit 130, Dänemark mit 84, Italien mit 72, Polen mit 51, Frankreich mit 50, England mit 47, die Schweiz mit 45 ujm. Aussteller-

firmen. Erstmals waren Norwegen und Finnland mit eigenen Kollektionsmusterschauen erschienen. Man bedenke, welche Tätigkeit dazu gehört, einen so riesenhaften Apparat in Bewegung zu setzen. Die starke



Die Messeaufträge des Jahres 1930 brachten den auf der Leipziger Messe ausstellenden Betrieben Beschäftigung für 151.000 Arbeiter auf ein volles Jahr.

Beteiligung des Auslandes als Aussteller beweist aber, daß auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ein Konkurrenzkampf von noch nie dagewesenem Ausmaß entbrannt war. Es war ein harter Kampf

um jeden einzelnen Kunden, der teilweise nur unter großem Preisdruck für die einzelne Firma gewonnen werden konnte. Wie aber auch der Preisabbau erfolgt sein mag, er dürfte den Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen nicht ausgeglichen haben.

Die Bedeutung der Leipziger Messe als Exportförderer darf nicht verkannt werden. In der Tat leistet das Leipziger Messamt hierfür durch seine Werbetätigkeit außerordentlich viel. Die Tätigkeit der elf eigenen Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtlichen Vertreterungen an den wichtigsten Plätzen von 85 Ländern aller Erdteile bedeutet für die deutsche Industrie ein Aktivum. Durch die unablässige Propaganda der Vertreter des Leipziger Messamts werden deutsche Waren in allen Ländern bekannt gemacht. Deshalb verdient die Leipziger Messe jede mögliche Unterstützung. Wenn man bedenkt, in wie hohem Maße andere Länder die Exportwerbung gelflich unterstützen, so erscheint es einem unbegreiflich, daß der geringe Zuschuß des Reiches für die Leipziger Messe abgebaut wurde. Von der deutschen Fertigwarenausfuhr werden etwa 12 Proz. durch die Leipziger Messe unmittelbar und mittelbar bewirkt. Im Frühjahr 1930 betrug die Zahl der nach Leipzig gekommenen Messebesucher rund 32 000. In diesem Jahr dürfte ebenfalls eine angemessene Zahl erreicht sein, wenn auch die Zahl der Einkäufer, zum Beispiel aus den Vereinigten Staaten, wesentlich niedriger als im Vorjahre war. Es gibt keine bessere Gelegenheit, dem

hängt sie Gewinne über Gewinne zu. Sie ist heute eine rein kapitalistische Angelegenheit.

Ueber die Auswirkung der Technik berichtet die bekannte elektrotechnische Fabrik Siemens und Halske in ihrem Geschäftsbericht: „Unsere Fabrikate konnten wir in vielen Fällen in den letzten Jahren erheblich im Preise heruntersetzen. Auf einigen der für uns wichtigsten Gebieten haben wir die Preise seit dem Jahre 1926 um über 25 Proz. gesenkt, bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne im Mittel um 30 Proz. Wir haben diese Preisermäßigung erreicht, zum Teil aber durch Arbeitskräfte ersparende Maßnahmen unter Anwendung von Kapital, wodurch der Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten stark herabgedrückt wurde. Das bedeutet eine starke Verringerung der Zahl der beschäftigten Menschen.“

Siemens und Halske gibt unumwunden zu, welche unerhörte Vorteile ihr die Technik brachte. Sie hat allein ihre Belegschaft um 19 000 Köpfe verringert, und in der gesamten deutschen Industrie ist der Beschäftigungswund ebenso offensichtlich. Die tote, leblose Maschine ersetzt den arbeitenden Menschen. Die Gegenwartstechnik wird zum Fluch der Menschheit. Uns bleibt nur die eine Möglichkeit, durch starke Gewerkschaften die weiter um sich greifende Massenverelendung der Arbeiterschaft abzuwehren. Die Gewerkschaften werden und müssen einen Ausweg finden, um aus diesem Dilemma herauszukommen! Machen wir sie deshalb stark und widerstandsfähig, dann werden sie den Kampf bestehen!

### Deutsche Unternehmer-Hilfe

Neben der großen Zersplitterung der Arbeiterschaft besteht zu allem Ueberfluß noch eine Gewerkschaft „Deutsche Hilfe“, die vom Stahlhelm und natürlich mit Unterstützung der Unternehmer aufgezogen wurde. Der Zweck dieser Gewerkschaft ist „der Zusammenschluß aller deutschen Arbeitnehmer, Männer und Frauen, die in ehrlicher und körperlicher Arbeit Werte schaffen und nicht Klassenverhetzung und Klassenhaß, sondern Zusammenschluß der schaffenden Stände und Schutz der ehrlichen Arbeit wollen“. Daraus ist schon zu ersehen, was Geistes Kind die „Deutsche Hilfe“ ist. Sie hat auch demzufolge bei allen Aktionen, die von der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung durchgeführt werden, bewiesen, daß sie nicht auf Arbeiter-, sondern auf Unternehmerseite steht.

Die Arbeiterschaft darf froh sein, daß dieses Verbändchen nicht die geringste Bedeutung hat, es würde ihr furchtbar schlecht gehen, wenn diese Gesellschaft ans Ruder käme. Was Geistes Kind diese Vereinigung ist, geht auch daraus hervor, daß sie „die roten Gewerkschaften des Arbeiterverrats anklagen, denn „sie sind es gewesen, die in unverantwortlicher enger Bindung mit der Sozialdemokratie den Krieg verlorengehen ließen. Sie sind es gewesen, die tatkräftigst und überlegt mit beinahe naiver Leichtfertigkeit das deutsche Volk entwaffneten und dem Feinde das ganze deutsche Volksvermögen in die Hände spielten und sie sind es gewesen, die durch Errichtung von Konsumgenossenschaften die Aufträge nach draußen leiteten und damit dem deutschen Arbeiter das Brot stahlen.“

Soviel Unsinn wurde selten von unseren Gegnern auf diesen engen Raum zusammengedrängt. Sehen

Auslande die Erzeugnisse der deutschen Fertigwarenindustrie in solcher Aufmachung zu zeigen, wie alljährlich in Leipzig. Auf der anderen Seite bildet die Leipziger Messe einen internationalen Warenmarkt infolge der Zurschaustellung der Waren aus 24 Ländern. Etwa zwei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte sind in der Exportindustrie tätig. Jede Steigerung der Ausfuhr bedeutet naturgemäß eine Minderung der krisenhaften Auswirkung der Wirtschaftslage und eine Mehrbeschäftigung: Will man dieses Ziel erreichen, so darf man sich logischerweise nicht gegen die Einfuhr fremder Waren absperrern. Ein holländischer Journalist hat beim Presseempfang in seiner Rede unter anderem folgende Sätze nicht ohne Absicht geprägt: „Mehr als je scheint es mir erwünscht, daß die mächtige Stimme dieses Weltmarktes sich erhebt gegen eine Zollpolitik, die sich zu überspizen droht und die die Möglichkeit des internationalen Warenaustausches immer mehr zurückdrängt. Man kann verstehen, daß die Leipziger Messe in allen Weltteilen um ihren Besuch wirbt. Man sollte sich aber darauf vorbereiten, daß das Ausland auf die Dauer auf diesen Ruf antworten könnte: „Aber wo stecken Sie denn? Durch die hohen Zollmauern können wir Sie ja gar nicht mehr wiederfinden!“

Bei allem Vorzug der Leipziger Messe bezüglich der Ausfuhrsteigerung darf der inländische Markt nicht vergessen werden. Der größte Teil der in Leipzig zur Schau gestellten Waren wird und muß im Inland verbraucht werden. Die Inlandspropaganda sollte

wir aber hinter die Kulissen, dann stellen wir fest, daß die Klassenverhältnisse bei der „Hilfe“ geradezu jämmerlich sind. Die Gesamteinnahmen sind so niedrig, daß zu dem Trick gegriffen wurde, den Bestand der nicht verkauften Beitragsmarken ebenfalls als Vermögensbestand einzustellen. Dadurch war es möglich, mit hohen Zahlen brillieren zu können. Wie sehr wir mit der Bezeichnung „Unternehmerhilfe“ Recht haben, ist daraus schon zu ersehen, daß als Streik- und Aussperrungsunterstützung vom 5. Oktober 1929 bis 31. Dezember 1930 insgesamt 38,44 Mt. ausbezahlt wurden. Sicher wurden diese „enormen Beträge“ zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder angewendet, um durch „energische Kämpfe“ das Unternehmertum zur Anerkennung der berechtigten Arbeiterforderungen zu zwingen. Gegenüber den freien Gewerkschaften kommt uns dieses Grüppchen vor wie der Mops, der den Mond anbellt, darum lassen wir diesen Rötter klaffen.

Was jedoch die „Deutsche Unternehmer-Hilfe“ infolge ihrer Ohnmächtigkeit nicht erreichen kann, das glauben sie mit großem Mundwerk weizumachen. Da die freien Gewerkschaften bis jetzt von dieser Richtung nicht Notiz nahmen, meinte das amtliche Organ dieser Vereinigung anlässlich ihrer Tagung in Potsdam, und so „richtete mit schlotternden Hosen die Sozialdemokratie ihre roten Augen gen Potsdam“. Der Schreiber dieser Zeilen befindet sich gründlich im Irrtum. Mit Recht haben die freien Gewerkschaften von dem Stelldichein der Stahlhelmgewerkschaft mit dem Unternehmertum keine Notiz genommen. Warum sollten wir darüber schreiben, wenn klar auf der Hand liegt, daß hier nicht daran gedacht wird, Arbeiterinteressen energisch zu vertreten.

Daher handeln die Arbeiter klug, wenn sie dieser Gewerkschaft keine Beachtung schenken. Diejenigen, die durch die Unternehmer in die „Deutsche Hilfe“ gepreßt wurden, wissen, daß sie dort vergeblich warten müssen, bis ihre Lebenshaltung verbessert werden kann. Es ist Aufgabe aller Werktätigen, sich der großen, starken, freien Gewerkschaft anzuschließen!

### Diätenschinder

Die Wirtschaftspartei hat für sich in Erbpacht genommen, die „Futtertrippnwirtschaft“, die Milchwirtschaft und Verschwendung öffentlicher Gelder und was sonst noch zu besitzigen. Bei den letzten Reichstagswahlen wurde wieder in ihren Wahlaufrufen das Bekenntnis zur „Bereinigung aller Nachkriegszustände“ abgelehnt. In der Zwischenzeit ist durch die Auseinanderziehung Dremig-Cosolfer eine Blase aufgestochen worden, die viel Gestank um die Wirtschaftspartei verbreitete.

Den Wahlaufruf zierte auch der „Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands“, der in letzter Zeit durch seine der Öffentlichkeit bekanntgewordene Abrechnung viel von sich reden macht. In diesem Rassenbericht waren folgende Posten enthalten: Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen für 12 Monate 25 563 Mt., Ausgaben für die gleiche Zeit 23 986 Mt., davon für Rechtschutz 731 Mt., für Agitation 467 Mt., für Diplome und Vereinsnadeln 259 Mt., insgesamt 1457 Mt. Den Rest, 22 509 Mt., fraßen die Verwaltungskosten. Der „ehrenamtliche“ Vorsitzende bekam für seine „aufreibende“ Tätigkeit 3800 Mt. Entschädigung. Sie ist auf dem letzten Verbandstag auf 6000 Mt. pro Jahr erhöht worden. Der Hauptvor-

deshalb energisch in Angriff genommen werden. Jedoch ist auf einen Erfolg derselben nur zu hoffen, wenn das Inland kaufkräftiger gemacht wird. Die Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes ist durch Lohn- und Gehaltsenkungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit derartig geschwächt, daß eine Absatzsteigerung von nie gekannter Schwere eingetreten ist. Das kaufende Publikum in Deutschland wartet auf die Preisenkung deutscher Industrieprodukte vergebens. So gute, brauchbare und reizende Sachen die deutsche Industrie auf der Musterchau in Leipzig auch zur Schau stellt, letzten Endes kommt es nicht auf die Zurschaustellung, sondern auf die Absatzmöglichkeit an. Wenn auf der einen Seite für Lohn- und Gehaltsabbau eingetreten wird, dann kann auf der anderen Seite keine Geschäftsbelegung erwartet werden.

Raum und Absatzfähigkeit ist für alle Waren und Gebrauchsgegenstände noch vorhanden. Wir haben es ja auch nicht mit einer Ueberproduktion, sondern mit einer Unterkonsumtion zu tun. Diese muß beseitigt werden, dann wird eine flottere Ingangnahme der Wirtschaft erreicht sein. Die Leipziger Messe hat gezeigt, welche unendliche Fülle von Waren die deutsche und ausländische Industrie hervorzubringen vermag. Nunmehr mögen alle, die dazu in stande sind, beweisen, wie der Absatz dieser nützlichen und schönen Waren organisiert werden kann. Das beste Mittel ist hierfür die Hebung der Massentaufkraft.

stand bewilligte sich 2291 Mt. an Reisekosten, zu denen noch Diäten in Höhe von 3887 Mt. kamen! Die Reiner der Wirtschaft verstehen sehr gut, sich wohlbezahlte Pöstchen zu verschaffen und merken, wenn sie auf „die anderen“ schimpfen, den Dreck vor der eigenen Türe nicht!

### Ansturm

### gegen den Bäckertarif in Berlin

Wir berichteten seinerzeit darüber, daß die Vereinigung der Brotfabrikanten durch eine einstweilige Verfügung versuchte, den mit uns abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen. Dieses Vorgehen hatte auch anstehend auf den Zweckverband der Bäckerinnungen Groß-Berlins gewirkt. Beide Unternehmerorganisationen kündigten nunmehr den Tarifvertrag, weil sie mit ihrer Einstellung durch eine einstweilige Verfügung, die Vertragsbestimmungen außer Kraft zu legen, nirgends Anhang gefunden hatten.

Wenn schon alles die Tarifverträge haßt, so kann auch das Berliner Unternehmertum keine Liebe dafür aufbringen. Von ihm wird gefordert: Eine Kürzung der Lohnsätze bis zu 23 Proz., so wollen es die Brotfabrikanten, und die Bäckermeisterinnungen verlangen einen generellen Lohnabbau um 10 Proz., außerdem Kürzung der Ferientage und Verschlechterung der Bestimmungen über die Weiterbezahlung des Lohnes in Krankheitsfällen.

Die Gehilfenschaft hat keine Lust, ein derartiges Diktat anzunehmen, und in Versammlungen am 3. März haben unsere Vertreter den Brotfabrikanten erklärt, daß sie mit aller Entschiedenheit den reaktionären Vorstoß zurückweisen müssen.

Zu der Vertragskündigung nahm am 5. März eine stark besuchte Bäckergefellensversammlung Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Schumann wurde beschlossen, mit größter Energie gegen die Verschlechterungsbestrebungen der wirtschaftlichen Lage anzukämpfen. Der Auftakt in dieser Versammlung wird wohl dem Unternehmertum den Beweis erbracht haben, daß sich die Kollegenschaft unter keinen Umständen wieder zurückdrängen läßt in die Zeit, wo die Bäckergefellens ein Sklavendasein führten. Selbst wenn die wirtschaftliche Lage durch die große Arbeitslosigkeit nicht günstig ist, so wird dennoch mit größter Schärfe der Kampf gegen das Unternehmertum aufgenommen werden.

### Das Bäckergewerbe in Bayern

Das Bäckergewerbe in Bayern verzeichnet in der Hauptsache Kleinbetriebe, und darunter ist wiederum eine sehr große Anzahl familienwirtschaftlicher Zwergbetriebe, denen vielfach Nebenbetriebe angegliedert sind. Insgesamt bestehen 14 500 Bäckereibetriebe in Bayern rechts des Rheines. Darunter sind 5244 Betriebe, die als Brot-, Weißbrot- und Feinbäckereien und 254 Betriebe, die sich als Bäckerei- und Konditoreibetriebe firmieren und dem Innungsverband angehören. Letzteren sind zu einem sehr großen Prozentsatz wiederum Cafés angegliedert. Von sämtlichen Bäckereibetrieben arbeiten 2362 ohne fremde Hilfskräfte. Mehr als der vierte Teil aller Bäckereibetriebe beschäftigt somit keine fremden Hilfskräfte. Diese Betriebe ohne fremde Hilfskräfte sind aber nur von den 9773 Bäckereien, die in den Innungen organisiert sind, ermittelt worden. Zweifellos sind bedeutend mehr derartiger Betriebe vorhanden. Bei den übrig bleibenden Betrieben wurden 7177 Betriebe mit 1 bis 5 Arbeitskräften ermittelt. Nur 137 Betriebe beschäftigten 6 bis 10 Arbeitskräfte, 11 bis 20 Arbeiter sind gar nur in 24 Betrieben vorhanden, 51 und mehr Arbeiter wurden in 3 Betrieben gezählt.

Das Innungsorgan „Die Bayerische Bäckerei“ hat daher nicht ganz unrecht, wenn sie meint, die Herren der Wissenschaft sollen an der Hand der Zahlen einmal darüber nachdenken, wie hier Rationalisieren und Zusammenlegen ist. Der Bäckereikleinbetrieb ist in allen Landesteilen heute noch dominierend und er beherrscht fast vollständig den Brotmarkt. Die wenigen Großbetriebe, die da und dort bestehen, haben nur sehr schwachen oder überhaupt keinen Einfluß auf den Brotwarenmarkt. Eine Verringerung dieses Zustandes, glauben wir, wird auch in der kommenden Zeit nicht eintreten, denn im Bäckergewerbe hat der Kleinbetrieb eine außerordentlich günstige Position dadurch, daß er nicht nur als Produktions-, sondern auch als Verkaufsgeschäft in Frage kommt.

### Wie die Nazis zu Geld kommen

In Görlich haben die Nazis, gleich wie an anderen Orten, ebenfalls den Klingelbeutel geschwungen. Mit ihren bekannten Phrasen wenden sie sich an die Unternehmer und betonen dabei, daß sie die einzigen sind, die den Staat erst einmal lebensfähig machen. Ihre Schnorrbriefe sehen so aus:

„Ru diesem großen Kampfe brauchen wir, als die Mittreiter Adolf Hitlers, reichliche Geldmit-

tel, denn die Verbreitung unserer Idee ist mit großen Geldmitteln verbunden, und wir fordern Sie daher auf, sich durch einen monatlichen Beitrag an unserem Opferring zu beteiligen. Stehen Sie nicht abseits, denn es geht um Sein oder Nichtsein des ganzen deutschen Volkes, und jeder gibt zum Freiheitskampf so viel wie er kann und so viel wie ihm sein Volk und dessen Erhaltung wert sind. Die Zugehörigkeit zum Opferring wird streng vertraulich behandelt, die Namen der Mitglieder unbedingt geheim gehalten. Füllen Sie bitte anhängende Erklärung aus und geben Sie dieselbe in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe, Innere Lauenstraße 7, 2. Etage, ab.

Ein neuer Beweis dafür, daß den Nazis die Unternehmergeelder nicht stinken. Mit solchen Methoden also werden die Arbeiter und die freien Gewerkschaften bekämpft! Es gehört wirklich eine besondere Geschmackslosigkeit dazu, wenn jemand dieser „Arbeiter“partei angehört!

### Unerhört!

Kein Zweifel, in Deutschland steht jetzt der Weizen der Reaktion in voller Blüte. Getreu des Lohnabbauvorbildes der Reichsregierung soll jetzt auf allen Gebieten ein Generalabbau erfolgen und als dauerhafter Idealzustand bestehen bleiben.

Als Dachorganisation der Invalidenversicherung haben sich jetzt die Landesversicherungsanstalten zu einem „Reichsverband“ mit dem Sitz in Kassel zusammengeschlossen, dem ein Landrat, Mitglied der Landesversicherungsanstalt Brandenburg, Vorschläge zur Behinderung der Invalidenversicherung unterbreitet hat. Der Landrat meint, ein Lohnabbau rechtfertige auch eine mindestens 6prozentige Herabsetzung der Renten. Die Waisenrente und der Kinderzuschuß soll künftig mit Beginn des 15. Lebensjahres wegfallen.

Nach dem fein ausgestuften Plan sollen die Renten, die heute 25 Mk. betragen, um 8 Proz. die Durchschnittsrente von 35 Mk. um 6 Proz. und die Rente von 50 Mk. um 4 Proz. gesenkt werden. In einer langen Rechnung wird nachgewiesen, wieviel Millionen jährlich „gespart“ werden könnten.

Es ist ein unbeschreiblicher Skandal, daß es überhaupt noch Leute gibt, die ernsthaft der Meinung sind, an den mehr wie schätzbaren Renten der Invaliden Kürzungen vornehmen zu können. Die augenblickliche Höhe der Renten ist tatsächlich so, daß sie zum Behalten zu hoch und zum Sattwerden zu niedrig ist. Das fehlt gerade noch, die an sich erbärmliche Lage der Schlachtopfer vom Felde der Arbeit noch menschenunwürdiger zu gestalten.

### Zwiespältigkeiten

Wer jemals Gelegenheit hatte, die kommunistische Parteipresse zu lesen, der wird sicher zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß für die schwerindustriellen Scharfmacher der Laternenpfahl zum Aufhängen bereits ausgefacht worden ist. Wie wenig jedoch hinter diesem Kraftmeiertum steckt, wissen nur diejenigen noch nicht, deren Fähigkeiten über das Maulaufreißen nicht hinausgehen. Aber auch diesen dürfte es unangenehm aufgefallen sein, als sie hörten, daß gerade diese Scharfmacher von der russischen Regierung eingeladen worden sind. Und die Könige der deutschen Industrie haben die Einladung angenommen, sie befinden sich bereits in Rußland. Ihnen wird kein Haar gekrümmt, ebensowenig wie den Industriellen anderer kapitalistischer Länder, die bereits vorher in Rußland die Absatzmöglichkeiten studiert haben.

Es wird sich angefühlt dieser Tatsache mancher Arbeiter, der bisher blühend den kommunistischen Parolen gefolgt ist, fragen, wie überhaupt so etwas möglich ist. Er würde die Notwendigkeit der internationalen Handelsbeziehungen, die besonders Rußland als Agrarstaat in Anspruch nehmen muß, ohne weiteres begreifen, wenn er die realen Machtverhältnisse auf der Welt nicht durch eine kommunistische Brille, sondern objektiv betrachten würde. Denn das ist der große Unterschied zwischen der kommunistischen Phrasologie und der von den Gewerkschaften geleisteten praktischen Arbeit, nämlich in allen Handlungen mit den Gegnern zu rechnen, mit ihnen auch dann zu einer Einigung zu kommen, wenn die zu überwindenden Schwierigkeiten sich besonders hoch aufstürmen. Die russische Regierung handelt danach, weil sie notgedrungen so handeln muß, wenn sie und das gesamte russische Volk sich nicht vollständig isolieren will. Die deutschen Kommunisten brauchen im Gegensatz dazu nicht so zu handeln. Im Gegenteil, sie dürfen der Arbeiterklasse ungefragt einreden, daß sie in Deutschland ohne schlagfertige Organisationen die Verhältnisse anders gestalten kann. Diese zwiespältige Handlungsweise wird sich noch rächen.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

**Aussteuerunterstützung.** Bei Anträgen auf Aussteuerunterstützung ist neben dem Antragsformular die Heiratsurkunde und das Mitgliedsbuch einzufügen. Antragsformulare werden auf Anfordern zugesandt.

**Ausschlüsse.** Auf Antrag der Ortsgruppe Görlitz wird Bruno Hofmann, Bäcker, geboren am 15. Februar 1887 in Görlitz, Buchnummer 46 731, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Dresden wird Arthur Dewitt, Konditor, geboren am 8. September 1888 in Glogau, Buchnummer 76 723, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

**Totalbeitrag.** Auf Antrag der Ortsgruppe Essen genehmigt der Vorstand folgende Neuregelung der Totalbeiträge: Für die Grundbeiträge von 30 bis mit 60 Pf. 10 Pf.; von 70 und 80 Pf. 15 Pf.; von 90 Pf. und 1 Mk. 20 Pf.; von 1,10 und 1,20 Mk. 25 Pf.; von 1,30 bis mit 2,40 Mk. 30 Pf.; von 2,50 Mk. ab 40 Pf.

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 22. Februar 1931 bis 28. Februar 1931.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079 Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)

#### Ortsgruppen:

Neustadt 50.—, Nordhausen 239,20.—, Bochum 208.—, Dortmund 544,88.—, Münster 4.—, Nordhausen 239,20.—, Rötha 11,60.—, Spener 297,92.—, Mannheim 1,50.—, Bochum 2305,74.—, Braunschweig 186,68.—, Dortmund 10 900,08.—, Köln 8749,51.—, Berlin 300.—, Wülfrath 89.—, Seibenberg 450.—, Göhrdt 300.—, Wahrenth 51,20.—, Cilenburg 150.—, Memmingen 300.—, Witten 280.—, Zweibrücken 208,50.—, Vandschut i. B. 1.—, Berlin 16,40 und 18.—, und 20.—, Münster 800.—, Neustadt (Saardt) 23,50.—, Steinfen 6.—, Breslau 46,50.—, Ulm 59.—, Piesnitz 89,50.—, Görlitz 23,20.—, Königsberg i. Pr. 169,50.—, Witten 250.—, Pöselwall 100.—, Schweninggen 300.—

#### Sonstiges:

Genf 8.—, Rulmbach 30.—, Uetersen 1,80.—, Wien 7,80.—, Berlin 28,80 und 40.—, Nürnberg 8.—, Bochum 2,55.—, Rinau 3,40.—, Berlin 239,40 und 47.—, und 4,60.—, Blauen 1,15.—, Berlin 395,86 und 16,40 und 10,90 und 18,96 und 28,80.

Vom 1. März 1931 bis 7. März 1931.

Oldenburg 1000.—, Weisenfels 700.—, Heidelberg 12.—, Magdeburg 221,50.—, Aachen 50.—, Altenstein 40.—, Cleve 70.—, Danzig 40.—, Dortmund 100.—, Frankfurt a. M. 50.—, Halberstadt 20.—, Halle 20.—, Höchst 40.—, Kiel 50.—, Kitzingen 25.—, Leipzig 30.—, Magdeburg 40.—, Mannheim 40,20.—, Sombrodt 50.—, Breck 50.—, Saalfeld 20.—, Waldenburg 25.—, Worms 60.—, Bielefeld 7927,09.—, Münster 323,10.—, Berlin 969,75 und 574.—, und 581,90.—, Bitterfeld 200.—, Solingen 240.—, Gera 32,75.—, Hamm 500.—, Rwidau 1480.—, Berlin 12,80.—, Bitterfeld 150.—, Kamalau 400.—, Regau 40,20.—, Radolfzell 300.—, Rötha 240.—, Bremen 124,50.—, Essen 79,25.—, Breslau 197,25.—, Wiesbaden 44,50.—, Bremen 2935,86.—, Breslau 2842,85.—, Magdeburg 2058,95.—, Großhirsberg 250.—, Röhren 115,39.—, Ludwigshafen 300.—, Brix 200.—, Straubing 350.—, Bernigerode 400.—, Herbit 250.—, Dehau 153,75.—, Vandschut i. B. 27,50.—, Rulmbach 33,75.—, Stendal 42.—, Stettin 71,50.—, Bitterberg 600.—, Gokow 25.—, Bielefeld 149,25.—, Wilhelmshaven 600.—, Berlin 1069,25.—, Dresden 379,25.—, Münster 42.—, Saarbrücken 117,25.—, Aachen 48.—, Berlin 42.—, Celle 1006,17.—, Berlin 3.—, Bura 200.—, Lützenberg 100.—, Ludwigshaf 350.—, Duedlinburg 150.—, Reichsbach (Schlef.) 100.—, Sagan 150.—, Danzig 42.—, Quisburg 77,75.—, Halberstadt 97,50.—, Herford 32.—, Regensburg 28,25.—, Wahrenth 44.—, Schwabach 600.—, Krefeld 45.—, Nürnberg 218.—, Braunschweig 88.—, Erfurt 88.—, Berlin 9,20.—, Elbing 300.—, Rostadt 200.—, Pullingen 350.—, Birkwalle 100.—, Salungen 130.—, Bieren 1000.—, Weklar 300.—, Hannover 214,25.—, Rottorf 49,75.—, Wuppertal 77.—, Würzburg 87,50.—, Heilbronn 38.—, Kassel 87,50.—, Solingen 34,50.—, Hamburg 710.—, Mainz 123.—, Stuttgart 179.—, Saaken 44.—, Mannheim 169,50.—, Düsseldorf 3082,76.—, Leipzig 5697,82.

#### Sonstiges:

Berlin 8.—, Stuttgart 75.—, Berlin 8,55.—, Oslo 1,80.—, Berlin 36,27 und 127,50 und 174,66 und 200.—, und 727,36 und 86,52 und 84,84 und 132,85 und 400.—, Leer 2,10.—, Ingelheim 49,50.—, Berlin 2,80.—, Augsburg 500.—, Berlin 77,18 und 81,84 und 600.—, und 42,57 und 50.—, Augsburg 500.—, Monheim 80.—, Berlin 0,55 und 56,25.—, Heilbronn 164,35.—, Berlin 160.—, Leipzig 2,40.

## Sozial- und Wirtschaftspolitik

**Das Konjunkturinstitut zur Wirtschaftslage.** Ueber den Stand der Weltwirtschaftskrise Ende Februar berichtet das Konjunkturforschungsinstitut, daß die Krise durch Einbeziehung aller Volkswirtschaften räumlich ihr überhaupt mögliches Maximum erreicht habe. Seit der Jahreswende scheint sich jedoch eine neue in der Intensität abgeschwächte Rückgangsetappe bemerkbar zu machen. Die Anzeichen dafür werden bei einigen Weltrohstoffmärkten gefunden, bei denen die bisher beobachtete Zunahme der Vorräte aufgehört hat. Auch bei den internationalen Aktienmärkten sehen sich seit Mitte Januar Kurserholungen durch. Dagegen sind Produktion und Umsätze noch immer rückgängig. An Hand dieser wenigen günstigen Anzeichen glaubt das Institut voraussetzen zu können, daß der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Konjunktur in nicht ferner Zeit erreicht sein wird.

Ueber die Konjunktur in Deutschland äußert sich das Institut pessimistischer. Die Wirtschaftstätigkeit hat sich auf nahezu allen Gebieten weiter verringert. Produktion und Absatz sinken, die Beschäftigung nimmt ab. Geringer Auftragszufluss und sinkende Rohstoffeinfuhr deuten auf einen anhaltenden Tiefstand der Planung hin. Im Export macht sich die internationale Absatzkrise in erhöhtem Maße geltend. Die Verbrauchsgüterindustrien im Inland stehen unter dem Druck eines stark verringerten Masseneinkommens. Hoffnung wird auf die baldige Auslösung der Auftragserteilung gesetzt, die gegenwärtig durch sinkende Preise und die Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung auf ein Minimum eingeschränkt ist. Für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes in Deutschland sind jedoch Voraussetzungen noch nicht gegeben. Lediglich eine saisonbedingte Entlastung dürfte ab März eintreten, die aber kaum durch konjunkturelle Faktoren unterstützt werden wird. Nach dieser Prognose wird der kommende Sommer wesentliche Erleichterungen nicht bringen, besonders dann nicht,

wenn die Senkung des Lohnes und die damit eintretende Verringerung der Massenkaufrkraft noch weiter fortgesetzt wird.

**Lohnabbau verschärft die Arbeitslosigkeit.** Die vom Unternehmertum mit größten Anstrengungen propagierte Lohnbrückung muß sich ganz naturgemäß auf das Wirtschaftsleben auswirken. Nach dem Bericht des Konjunkturinstituts kommt zum Ausdruck: „Zu dem starken Anwachsen der konjunkturellen Arbeitslosigkeit haben Einschränkungen der Beschäftigung in fast allen Industrien beigetragen. Wenn man von den Saisongewerben abliest, die gleichfalls in diesem Winter ihre Beschäftigung stärker als üblich einschränken mußten, so waren es in den letzten Monaten vor allem die großen Branchen der Verbrauchsgüterindustrien, die wieder in großem Umfang Arbeitskräfte freigelegt haben. Die Beschäftigung der Produktionsgüterindustrie sank zwar auch beträchtlich, jedoch war hier das Tempo des Rückganges nicht so stark wie bei den Verbrauchsgüterindustrien.“ Was geht aus diesen Worten klar hervor? Die gewaltige Einschränkung der Kaufrkraft der breiten Massen hat ein Nachlassen der Nachfrage auf dem Markt der Verbrauchsgüterindustrien nach sich gezogen. Deshalb trat die Arbeitslosigkeit hier verstärkt in Erscheinung. Somit verschärft der Lohnabbau die Krise.

**Bekämpfung der Schwarzarbeit.** Vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe wurde ein Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin herausgegeben, in dem diese Behörden angewiesen werden, auf eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit im Handwerk und Kleingewerbe hinzuwirken. Zu diesem Zwecke sollen die in Frage kommenden Behörden mit den beteiligten örtlichen Gewerbetreibenden fortgesetzt enge Fühlung halten. Gleichartige Erlasse liegen auch von Regierungen anderer Länder vor. Die Zunahme der Schwarzarbeit ist eine Folge der großen wirtschaftlichen Verelendung weiter Arbeiterschichten. Es ist selbstverständlich, daß viele der aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderten Menschen, die obendrein keine Unterstützung erhalten, sich bemühen, einen kleinen Verdienst zu sichern. Solange dieser Zustand besteht, wird eine vollständige Unterbindung der Schwarzarbeiten nicht möglich sein. Die Schwarzarbeit kommt für unsere Berufsgruppen sehr selten oder fast gar nicht in Erscheinung. Sie tritt in jenen Gewerben auf, wo in größerem Ausmaße Reparaturarbeiten ausgeführt werden.

**Finanzen der Arbeitslosenversicherung.** Das ungeheure Anschwellen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 hatte eine starke Vermehrung der Ausgaben und auch der Einnahmen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Folge. Der Beitrag betrug seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 3 Proz. Er wurde erstmalig am 1. Januar 1930 auf 3½ Proz. erhöht, stieg dann am 1. August auf 4½ Proz. und mit Wirkung vom 6. Oktober auf 6½ Proz. Mit der Steigerung des Beitrages erhöhten sich naturgemäß auch die Einnahmen.

Im Januar 1930 haben 14,91 Millionen Versicherte rund 78 Millionen Mark an Beiträgen aufgebracht, im Dezember hingegen wurde von 13 Millionen Versicherten die Summe von 129 Millionen Mark abgeführt. Die Einnahmen aus Beiträgen im Jahre 1930 beliefen sich auf 1,061 Milliarden Mark. Im Monatsdurchschnitt wurden 1,769 441 Personen aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Dafür waren 1,678 Milliarden Mark notwendig. Dazu kommen noch 121 Millionen Mark als Kosten für die Arbeitsämter. Für die im Monatsdurchschnitt für 388 608 Personen erfolgte Unterstützung aus der Krisenfürsorge wurden 364,46 Millionen Mark aufgewendet. Der Gesamtbetrag für alle Aufgaben, die die Reichsanstalt zu erfüllen hat, belief sich auf 2,17 Milliarden Mark, dem eine Einnahme in Höhe von 1,068 Milliarden Mark gegenüberstand. Der Rest wurde durch Zuschüsse des Reiches gedeckt. Von den Zuschüssen wurden allein 731 Millionen für die Unterstützung der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung aufgewendet. Die Zuschüsse des Reiches verringerten sich im Laufe des Jahres von Monat zu Monat. Im Monat Februar wurden noch 105 Millionen Mark vom Reich zugesprochen, im November betrug der Zuschuß nur noch 15 Millionen Mark. Er stieg im Dezember wieder auf 31,8 Millionen Mark.

Die Verringerung des Zuschusses ist in erster Linie auf die starke Erhöhung des Beitragsfußes, nicht zuletzt aber auch auf die Herabsetzung der Unterstützungen, die durch Novelle vom 12. Oktober 1929 durchgeführt wurde.

**Gegen internationale Reallohnvergleiche.** Von den deutschen Unternehmern wurde beim Internationalen Arbeitsamt in Genf beantragt, die Veröffentlichung der internationalen Lohnvergleiche einzustellen. Nach dieser Meinung sei sie nicht zuverlässig und habe dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften zu vergiften. Wenn auch die internationale Statistik einige Mängel aufweist, so zeigt sie uns doch die Verschiedenartigkeit der Lebenshaltung in einzelnen Ländern. Es sind aber Bestrebungen vorhanden, die Statistik immer mehr zu verbessern. So hatte sich im Januar der Ausschuß über Lohn- und Lebenshaltungskosten beim Internationalen Arbeitsamt eingehend mit der Sache befaßt und eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen angenommen. Mit 17 gegen 1 Stimme wurde vom Verwaltungsrat entgegen den Wünschen der deutschen Unternehmer beschlossen, die Statistik auf der neuen Basis fortzuführen. Daher die Wut der Unternehmer, die mit allen Mitteln bestrebt sind, zu verhindern, daß der Öffentlichkeit über die Höhe der Entlohnung in den einzelnen Ländern Auskunft gegeben wird.

**Loch im Reichsfiskus.** Das Aufkommen des Reichs an Steuern, Zölle und Abgaben für den Monat Januar betrug 1047 Millionen Mark gegenüber 1110,2 Millionen Mark im Januar 1930. Die Lohnsteuer ist um 8,5 Millionen gefallen, die Umsatzsteuer verringerte sich um 8,6 Millionen Mark und die Beförderungsteuer um 1,5 Millionen Mark. Die Zölle sanken von 188 Millionen auf 130 Millionen Mark. Eine Steigerung trat ein bei der Biersteuer von 30,4 auf 34,4 Millionen Mark, der Tabaksteuer von 75 auf 110 Millionen Mark. Nach dem Voranschlag ergab sich eine Mindereinnahme von 625 Millionen Mark. Im Januar wurden 11,231 Millionen Mark an Lohnsteuer zurückerstattet. Dadurch steigerte sich die Lohnsteuerrückstattung für die ersten 10 Monate des Steuerjahres auf 33,16 Millionen Mark.

**Wert der Viehproduktion.** Nach einem hohen veröffentlichten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Erlös aus dem Verkauf tierischer Produkte in der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1929/30 6,6 Milliarden Mark. Der Erlös ist dreimal so groß wie der aus Getreide- und Kartoffelverkäufen, der zusammen 2,2 Milliarden Mark ergab.

**Rückgang des Malzverbrauchs.** Der starke Rückgang des Bierverbrauchs hat naturgemäß auch einen Rückgang der für die Bierbereitung benötigten Rohstoffe zur Folge. So ist nach der amtlichen Statistik der Verbrauch von Malz im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 7,6 Proz., im zweiten um 20,3 Proz. und im dritten um 24 Proz. zurückgegangen. Der mengenmäßige Rückgang für die drei ersten Vierteljahre beläuft sich auf 1,33 Millionen Doppelzentner, das heißt, die deutsche Landwirtschaft hat annähernd 1,8 Millionen Doppelzentner Gerste weniger absetzen können, und durch den Ausfall des Absatzes sind eine ganze Reihe Mälzereiarbeiter brotlos geworden.

**Ägypten bekommt ein Arbeitsministerium.** Die ägyptische Regierung hat vor kurzem ein Arbeitsministerium errichtet. Diese neue Behörde hat die Aufgabe, die Durchführung der bestehenden Arbeiterschutzgesetze und Bestimmungen zu überwachen, die Arbeitsbedingungen und sozialen Fragen systematisch zu untersuchen und Gesetzentwürfe zur Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung aufzustellen.

## Unternehmertum

**Die Innungsfronkassen.** Einer vom Hauptverband Deutscher Innungsfronkassen herausgegebenen Broschüre über die Innungsfronkassen in der Statistik entnehmen wir: „Im Jahre 1927 bestanden 824 Kassen mit 520 000 Mitgliedern, 1929 erhöhten sich die Kassen auf 932 mit 637 000 Mitgliedern.“

Hier wird bewiesen, welche schwere Schädigung durch die von den Innungen betriebene Kassenzersplitterung auf die Versicherten durch das weitgehende Entgegenkommen der Landesregierungen ausgeübt werden konnte. Erfreulicherweise ist nunmehr dieser Desorganisation im Krankenversicherungswesen ein Riegel vorgeschoben worden. Infolge der Bestimmung der Mindestmitgliedszahl von 150 durch die Rotverordnung wird den Handwerkerorganisationen es nicht mehr so leicht gelingen, ihre versicherungsschädigenden Bestrebungen durchzuführen.

Außer Rand und Band geraten ist die „Fleischer- (Meister-) Verbandszeitung“ über den Auszug der Nazis und der Deutschnationalen aus dem Reichstag, weil die Gefahr besteht, daß der sozialdemokratische Antrag auf Wiederzulassung von Gefrierfleisch auch im Plenum Annahme findet. In ihrem Kassenjournale stellt sie fest, wenn es nicht gelingt, die Pläne der roten Reichstagsmehrheit zu zerlegen, dann wird sich das Gewerbe zu Maßnahmen bereit halten müssen, die der Öffentlichkeit den Beweis dafür erbringen, daß es auch noch da ist und eine Lebensberechtigung hat.“ Sonderbar, wie die „F.-B.-Z.“ ihre Hoffnung auf die getürmte „Rechtsopposition“ setzt und interessiert deshalb, weil sich bekanntlich im Oktober 1930 die Berliner Fleischernnungen und viele im Reich für Wiederzulassung des Gefrierfleisches nachdrücklich einsetzten. Möglicherweise die „F.-B.-Z.“ nicht mehr in dem Lohwabenohr zurechtfindet!

## Genossensch. Rundschau

**Umfahrgenergebnisse der Konsumgenossenschaft.** Nach dem vorliegenden Ergebnis aus den Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug der Umsatz im Berichtsjahr 1930 rund 1240 Millionen Mark. Da sich der auf gleicher Grundlage errechnete Umsatz des Vorjahres auf 1176 Millionen Mark stellte, ist eine Umsaherhöhung von 64 Millionen oder 5,4 Proz. zu verzeichnen. Im Jahre vorher konnte der Umsatz um 130 Millionen oder 12,5 Proz. gesteigert werden. Eine erhebliche Verlangsamung der Umsaherentwicklung ist somit in den Genossenschaften festzustellen, die in erster Linie auf die ungünstige Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

## Allgemeine Rundschau

**Eine lobenswerte Maßnahme.** Um der Arbeitslosigkeit zu steuern hat der Magistrat Berlin angeordnet, daß keiner seiner Beamten nebenberuflich gegen Entgelt tätig sein darf. Es ist ebenfalls verboten, gelegentliche Arbeiten zu verrichten, noch ein Gewerbe zu betreiben oder Mitglied des Verwaltungsrates oder Aufsichtsrates einer Erwerbsgesellschaft zu sein. Das Verbot erstreckt sich auch auf das gewerbetreibende Personal und es wird insbesondere erwartet, auch das ungewerbliche Personal zu unterhalten. Die Verwalter städtischer Häuser, die Beamte sind, werden auf die Dauer von zwei Jahren abgedeckt, um ältere, arbeitslose Kaufmännische Angestellte mit diesen Aufgaben zu betrauen. Schließlich wird nach, darauf aufmerksam gemacht, daß Nebenberuflicher Art verboten sind. Im Falle größerer Mehrarbeit sollen Arbeitslose eingestellt werden.

zu sein. Das Verbot erstreckt sich auch auf das gewerbetreibende Personal und es wird insbesondere erwartet, auch das ungewerbliche Personal zu unterhalten. Die Verwalter städtischer Häuser, die Beamte sind, werden auf die Dauer von zwei Jahren abgedeckt, um ältere, arbeitslose Kaufmännische Angestellte mit diesen Aufgaben zu betrauen. Schließlich wird nach, darauf aufmerksam gemacht, daß Nebenberuflicher Art verboten sind. Im Falle größerer Mehrarbeit sollen Arbeitslose eingestellt werden.

## Internationales

**Der norwegische Bäckerverband im Jahre 1930.** Das vergangene Jahr verlief ziemlich ruhig. Sämtliche abgelaufene Tarifverträge wurden unverändert verlängert und gelten bis zum 30. April 1931. Eine Ausnahme bildet die Laufzeit des Vertrages für Kirkenes, der bis 9. Dezember Gültigkeit hat. Bei den Vortragsverhandlungen über die Landesverträge der Bäcker und Konditoren kam ebenfalls eine Einigung über die Vertragsverlängerung bis 30. April 1931 zustande.

Hierbei wurde neu vereinbart, daß im Laufe der Vertragsperiode keine neuen Lehrlinge eingestellt werden dürfen. Auch in einer Anzahl Lokalverträgen ist es gelungen, diese Bestimmung neu einzuschalten. Das ganze Jahr hindurch herrschte eine große Arbeitslosigkeit. Durchschnittlich waren 20 Proz. der Mitglieder des Verbandes erwerbslos. Dennoch konnten zwei neue Ortsgruppen gebildet werden und die Mitgliederzahl erhöhte sich um 150 auf 2000 in 50 Ortsgruppen. Wie in früheren Jahren, so wurde auch wiederum zu Weihnachten eine Extraunterstützung an

## Worte von Henry Ford

Das Herabdrücken der Löhne ist das bequemste, aber auch das verwerflichste Mittel einer unfähigen Geschäftsführung.

Fehler sind eine Quelle der Erfahrung, und es ist die Essenz der Erfahrung, die wir Weisheit nennen.

Das Beste, was die Erziehung für einen Menschen tun kann, besteht darin, ihn in den Besitz seiner Kräfte einzusetzen, ihm die Kontrolle über die Werkzeuge mit denen das Schicksal ihn ausgestattet hat, einzuräumen und ihn alsdann eines zu lehren: zu denken!

Die beste Form der Sparsamkeit ist die Erhöhung deines Einkommens.

(Aus „Mein Leben und Werk“)

die Arbeitslosen im Gesamtbetrag von 10 000 Kronen ausbezahlt. Finanziell steht der Verband mit 200 000 Kronen Vermögen sehr gut. Im Durchschnitt entfallen auf das Mitglied etwa 100 Kronen.

**Der norwegische Nahrungsmittelarbeiterverband im Jahre 1930.** Die Mitgliederzahl der norwegischen Organisation stieg im Laufe des Berichtsjahres um 1512, und zwar von 5486 auf 6998 Mitglieder. Sieben Ortsgruppen konnten neu errichtet werden. Von der Tarif- und Lohnpolitik wird berichtet, daß der vom Verband gekündigte Vertrag mit dem Weimonopol mit vorteilhaftem Resultat erneuert werden konnte. Die meisten der Kollektivverträge sind unverändert in Kraft geblieben. In den neu errichteten Ortsgruppen mußten Lohnbewegungen geführt werden, weil hier die Löhne gegenüber solchen Orten, wo die Kollegen-schaft schon länger gewerkschaftlich organisiert ist, weit zurückgeblieben sind. In einigen Fällen mußte zum Streik gegriffen werden. Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahre sehr groß. Sie wirkte sich nicht gleichmäßig auf alle Berufsgruppen aus. Trotz dieser dadurch entstandenen großen Hindernisse ist der Aufstieg in der Mitgliedschaft von Bedeutung.

**Anschluß an den internationalen Gegenseitigkeitsvertrag.** Die Verbände der Brauer in Luxemburg und der Bäcker, Konditoren und Zuckerwarenarbeiter in Holland sind dem internationalen Gegenseitigkeitsvertrag, betreffend das Unterstützungswesen, beigetreten.

**Erneuerung des Landstarifes im schweizerischen Braugewerbe.** In Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ist es gelungen, den Landstarif mit einigen Neuerungen und Verbesserungen um zwei Jahre zu verlängern. Dabei war es möglich, die fünfte Lohnklasse mit den niedrigsten Lohnsätzen ganz auszuschalten. Dadurch werden etwa 500 Arbeiter Lohn-erhöhungen von durchschnittlich 3 bis 5 Rappen in der Stunde erhalten. Ein großer Fortschritt wurde auch in der Ferienfrage erzielt, wodurch nach zwanzig-jähriger Dienstzeit in gleichen Betrieben 15 Wochentage Ferien, nach 25 jähriger Dienstzeit 18 Wochentage Ferien bezahlt werden. Damit gehören die Brauereiarbeiter zu den am besten gestellten Privatarbeitern hinsichtlich der Feriengewährung. Neu ist ebenfalls die Bestimmung, daß beim Militärdienst der volle Lohn für verheiratete Arbeiter und der halbe Lohn für ledige Arbeiter bezahlt wird.

## Literatur

**Die Gutteskrippe.** Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Von Adam Remmele, M. d. R. 32 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag S. S. Dick Nachf., Berlin SW 68. — So zweipolig wie der Parteitag der Nazis, so zweipolig sind ihre Methoden zur Verharmung von Ungehörigen. Ihre zweipolige Behandlung der Parteien wird in dieser Schrift an Hand von Tatsachenmaterial aufschlüssig dargestellt. Kein Beamter darf sich die Rechte dieses Wertes aneignen lassen.

**Otto Stiefungs Kriegsgesetz zur Niederringung der Arbeitslosigkeit.** Von O. Stiefungs. 4. Aufl. Berlin-Charlottenburg. — Der Verfasser hat aus Stiefungs Reden und Schriften alle die Stellen herausgehoben, in denen Stiefungs zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen hat. Aus dieser Zusammenstellung entstand das hier veröffentlichte Kriegsgesetz, dem ein prächtiges Vorwort über Stiefungs Leben und Wirken vorausgeschickt ist.

**Die politischen Gefangenen im faschistischen Italien.** Herausgegeben von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. 38 Seiten. S. S. Dick Nachf., Berlin SW 68. — Wie die Gewaltmethoden des italienischen Faschismus bringt allmählich Loyalität in die breitere Öffentlichkeit, daß selbst die Freunde dieses Systems sich entsetzt abwenden begannen. Dieses Buch, in dem ausführlich darüber berichtet wird, wie man zum politischen Gefangenen wird und wie es einen politischen Gefangenen angeht, ist geeignet, den Schicksal nachhaken zu lassen. Aus diesem Grunde ist zu wünschen, daß es weite Verbreitung findet.

**Die politische Gefangenen.** Von Dr. Engelbert Graf. Nach einem in der Mitgliederversammlung der G.D. in Leipzig gehaltenen Vortrag. 40 Seiten. — Dieser Vortrag trägt dazu bei, das Wesen des Faschismus und die ihm innewohnende Gefahr der Arbeiterklasse deutlich vor Augen zu führen. Graf weist auch gleichzeitig auf die Möglichkeiten hin, die vorhanden sind, um die Gefahr zu bannen.

**Weg aus der Krise.** Von Emil Seberer. Zweite Auflage. 32 Seiten. Preis 1 Mk. Verlag S. S. Dick Nachf., Künzlingen. — Seberer zeigt den Widerstand der kapitalistischen Gesellschaft, in der die Arbeit einen guten Teil seines Ansehens eingebüßt hat und die trotz vorhandener Produktionsmöglichkeiten nicht in der Lage ist, die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Sein Weg ist, die unumgängliche Ordnung der gesellschaftlichen Produktionskräfte, die durchaus möglich ist, weil wir die Bedürfnisse der Bevölkerung kennen und auch über die Mittel verfügen, um den Produktionsaufbau zu fördern, sowie auch über alle anderen Erleichterungen des Wirtschaftsablaufes hinreichend orientiert sind.

**Wohnung, Mietz, Hausbesitzer.** Eine Schrift zur gegenwärtigen Wohnungswirtschaft von Emil Wilt, 32 Seiten. Verlag für Welt- und Staatssozialismus, Berlin-Victorstraße.

**Vorbereiten, nicht abbrechen.** Von Luise Otto. Preis 30 Pf. Verlagsbuchhandlung W. Franke und Co., Waiblingen. — Diese Schrift, die bereits in 10 000 Exemplaren erschienen ist, nimmt entschieden gegen den § 218 StGB Stellung. Dies ist Grund genug, um den Krieg in Schillingen verboten zu werden. Doch ist es nicht gelungen. Was diesem Grunde dürfte die jetzt erschienene Neuauflage ebenso schnell vergriffen sein wie die vorhergehende.

**Geschlechtsleben und Strafrecht.** Von Prof. Fritz Halle. Mit einem Vorwort von Dr. Magnus Hirschfeld. 29 Seiten. Preis 2,00 Mk., geb. 4,50 Mk. Verlag S. S. Dick Nachf., Berlin SW 68. — Der Verfasser nimmt unter Einführung zahlreicher Beispiele die Behandlung der Sexualdelikte unter die kritische Lupe. Die Tatsachen, die dort angeführt werden, genügen um eine Änderung der bestehenden Gesetze zu rechtfertigen. Der erneuerungsbedürftigen Sexualgesetzgebung in Deutschland wird die russische Gesetzgebung gegenübergestellt, bei der eine soziale und naturwissenschaftliche Betrachtungsweise die Grundlage bildet.

**Geschlecht und Ehre.** Die Krise der Sexualität und der Untergang der Ehe. Von Dr. Heinz Schmeidler. 70 S. 64 Bildtafeln. In Ganzleinen geb. 12 Mk. Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des V.D.B., Berlin S 12, Julestraße 6a. — Es ist erstaunlich für den Laien, wie vielfältig die Zusammenhänge zwischen Sexualität und den verschiedenen Bereichen der Kultur sind. Der lebhaft geschriebene Text und die ausgerechneten Bilder bringen die mitunter recht komplizierte Materie auch dem Leser nahe, der über besondere Vorkenntnisse nicht verfügt. Das Buch, dessen Verfasser Anat von Perus ist, ist deshalb mehr als alle anderen geeignet, über das heute im Vordergrund des Interesses stehende Sexualproblem zu unterrichten.

**Die November-Revolution.** Von Hermann Müller-Franken. 228 S. Ganzleinen Preis 5,50 Mk. Verlag „Der Bücherkreis“, Berlin SW 61. — Die Erstausgabe — 30 000 Exemplare — dieses außerordentlich aufschlußreichen Buches ist bereits seit längerer Zeit vergriffen. Die starke Nachfrage machte eine zweite Auflage notwendig, die nunmehr erschienen ist. Es muß bei dieser Gelegenheit wieder hervorgehoben werden, daß das in diesem Buche zusammengetragene Material geeignet ist, den Grundstein für die weitere Geschichte der Revolution abzugeben. Die zahlreichen Fußnoten, die das Buch in der ersten Auflage gefunden hat, sind Beweis genug über den Wert seines Inhaltes.

**Die Frau im besten Jahre.** Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Seeger. 70 S. 16 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag S. S. Dick Nachf., Berlin SW 68. — Die im wirtschaftlichen Leben sowie in der Politik der Frauen gewählte Gleichstellung mit dem Mann ist nach den Willen der Nazis rückgängig gemacht worden. Sie sollen sich das Leben einer Frau wie folgt vor: „Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen, ebenso wie sich die Vagabunden für den Mann putzt und für ihn die Eier ausbrüht.“ Frauen, lest dieses Büchlein und kämpft gegen die Gleichstellung mit der Tierwelt.

## Anzeigen

**Nachruf!**  
Unsern Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Albert Hintermann**, 60-jährig, im Alter von 60 Jahren, am 1. März 1931 nach längerem Leiden unter langjähriger Kollege, der Kollege **Karl Eichmann** im Alter von 61 Jahren, ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

**Die Kollegen der Ortsgruppe Basel.**  
Nachruf!  
Am Sonntag, dem 21. Februar 1931 nach unser Kollege und Gründer unserer Ortsgruppe **Benedit Holzner** im Alter von 55 Jahren, 2,70 Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Ortsgruppe Ruppert.**  
Unsern Kollegen, den Bierbräuern **Georg Bauer** und **Sahann Blumlein** zu ihrem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Brauerei Bergstr.** Güsch I. B.

Unsern werten Kollegen, dem **Häutner Hermann Spangenberg** und seiner lieben Frau zu ihrem am 2. März 1931 stattgefundenen goldenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig.**  
Unsern lieben Kollegen **Theodor Abbeleg** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
**Die Kollegen und Kollegen der Löwenbräuerei Jugo Stöbel, Steiwig D. G.**

Den beiden Kollegen **Erich Stiefungs** und **Sofie Couperus** nach ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
**Die Kollegen der Ortsgruppe Tübingen, Heub.** 2,10  
Unsern Kollegen **Wilhelm Jung** und seiner lieben Frau zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen und Kollegen der Ortsgruppe Duisburg und die Ortsgruppe Duisburg.**  
Nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung unsern werten Kollegen **Karl Schöber** sowie seiner lieben Frau. 2,10  
**Die Kollegen der Brauerei Spring-Weißhof-Rick.**  
**Ortsgruppe Siegen.**  
Unsern Kollegen **Heinrich Bedler** zu seinem 25-jährigen erdands- und Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 1,30  
**Die Kollegen und Kollegen der Ortsgruppe Nordhausen.**  
Unsern Kollegen **Otto Jahn** und seiner lieben Frau nachträglich zu ihrem am 22. Februar 1931 stattgefundenen 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 2,10  
**Ortsgruppe Neukastel a. d. Orla.**  
Unsern lieben Kollegen und Mitarbeiter **Erich Dabelmann** zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 2,40  
**Section der Freizeiter und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Rahn & Meyer, Köln.**  
Unsern Kollegen **Kurt Freitag** nach seiner lieben Frau **Wilhelmine** nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 2,40  
**Die Kollegen der Ortsgruppe Saffmeyer und die Ortsgruppe Duisburg-Samborn.**  
Unsern neuen Kollegen **Georg Stumppner** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich herzliche Glückwünsche. 1,50  
**Die Kollegen d. Ortsgruppe Kaiserlautern.**



# FRAUENRECHT



## Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Kacer Nachf., Verlag

### 10. Fortsetzung

Das muß mir in Wirklichkeit der Umfang dieser Erklärung gegen die nationale Organisation sein?

„Am liebsten hätte ich mir das fürchte ich, das mich die Arbeit der Kommission des Ausschusses für die Frauenrechte gegeben.“

„Die Sache ist nicht die gleiche, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

Genosse Schloffer berührt zum ersten Mal die nationale Organisation. Er behält eine Menge Erinnerungen an den Winter nach.

Die Nacht nach dem Verrat nach dem Sommer, die jetzt dem Genossen Schloffer in der Hand kommt. Im Gegensatz zu dem Ausnahmefall geübten Verleihen in die Organisation nach dem Winter nach dem Sommer.

Schloffer's Augen waren im Winter nach dem Sommer, die jetzt dem Genossen Schloffer in der Hand kommt. Im Gegensatz zu dem Ausnahmefall geübten Verleihen in die Organisation nach dem Winter nach dem Sommer.

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

„Das ist eine sehr wichtige Sache, die ich mir vorstellen kann.“

## Neue Entscheidung in der Wochenhilfe

Nach § 195a der Reichsversicherungsordnung bleibt der Antrag auf Wochenhilfe beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen (Nachweis der vorgeschriebenen Mitgliedszeit usw.) auch dann bestehen, wenn die Versicherte wegen ihrer Schwangerschaft innerhalb sechs Wochen vor der Entbindung aus der Versicherung ausgeschlossen ist. Wir haben diese Bestimmung an dieser Stelle bereits eingehend erläutert, so daß nur noch einmal kurz auf die Hauptfragen eingegangen zu werden braucht.

## Abnahme der Säuglingssterblichkeit

Mit dem harten Geburtentrüdgang steht die erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit im engen Zusammenhang. Die Hauptursache ist jedoch in der Auswirkung der organisierten Säuglingsfürsorge, die mit Beginn dieses Jahrhunderts einsetzte, und besonders in den Nachkriegsjahren gut ausgebaut wurde, anzuführen.

„Quallerei! Hast ihr gleich zwei Weiber ausgegabelt. Das muß natürlich Francis' Wert gewesen sein, denn ich nehme nicht an, daß du jemals ein großer Anziehungspunkt für Weiber gewesen bist.“

Er machte eine dramatische Pause und sah Goppo über die Augen. Goppo bewegte keine Muskel in seinem Gesicht. Er grunzte fragend irgendwo unten aus der Tiefe seines Brustkastens heraus.

(Fortsetzung folgt)